

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Gefährliche Eskalation: Bush riskiert Großkrieg – Seite 4**
- **Zur Diskussion um die Haftverschonung von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt – Seite 6**
- **Umsetzung Bleiberechtsregelung in Köln: „Schärfer als der Erlass erlaubt“ – Seite 12**
- **IG-Metall-aktionswoche gegen die Rente mit 67 – Seite 15**
- **Internationale Konferenz „Dialog verbindet, Solidarität stärkt“ in Istanbul: Wege nach Europa – Seite 18**

Ausgabe Nr. 3 am 9. Februar 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Statt Mindestlohn Allgemein(un)verbindlichkeit

FAZ, 5.2.2007. alk. In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung präzisierte Bundesarbeits- und -sozialminister Franz Müntefering die Regierungspläne zum Mindestlohn. Danach strebt er ein Abschieben auf die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände an, was aber in den besonders betroffenen Branchen wie Sicherheitsgewerbe und verschiedene Dienstleister nicht viel bringen wird, da dort die Gewerkschaften äußerst schwach sind und auch die Arbeitgeber nur wenig bis gar nicht organisiert. Wenn sich Müntefering auf das Entsendegesetz bezieht, ist das eher demagogisch und schürt Vorurteile. Dieses Gesetz sollte Dumpingkonkurrenz von Wanderunternehmern und -arbeitern aus dem (EU)-Ausland insbesondere im Baugewerbe unterbinden. Beim Sicherheitsgewerbe, bei Friseurinnen, in der Gastronomie, den Branchen, in denen Niedriglöhne ein wirkliches Problem sind, spielt das aber keine Rolle, was sich auch durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht ändern wird. Der Eindruck entsteht, der Arbeitsminister will die sozialdemokratische Seele streicheln, mehr aber auch nicht. Einen gesetzlichen Mindestlohn soll es erst einmal nicht geben und 7,50 Euro/Stunde schon gleich gar nicht. Wir zitieren die entsprechenden Passagen aus dem Interview der FAZ:

„Müntefering: Das Wort Mindestlohn ist für viele noch ein Reizwort. Aber die Idee, dass es einen Sockel geben muss, der nicht unterschritten sein sollte, teilen fast alle. Es ist doch nicht Aufgabe des Staates, gezielte Lohnreduktionen von Betrieben durch Sozialtransfers auszugleichen. (...) Wir müssen zunächst – wie vereinbart – zu einer Regelung für Branchen im Dienstleistungsbereich kommen. Man kann dann immer noch darüber reden, wie das Ganze angelegt wird. Aber wir müssen eine Lohndumping-Mauer gegen Führnisse aus dem Ausland setzen. Die werden in den nächsten Jahren kommen, wenn wir die Freizügigkeit haben und die Dienstleistungsrichtlinie gilt. Mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz haben wir ein Instrument, das wir bisher nur marginal nutzen – beim Bau und jetzt bei den Gebäudereinigern. Wieso nicht auch in anderen Branchen?“

FAZ: Sie wollen also keinen gesetzlichen Mindestlohn, sondern einen tariflichen, den Sie für allgemeinverbindlich erklären?

Müntefering: Ich glaube, dass ich ordnungspolitisch mit meiner Idee der tariflichen Mindestlöhne sehr gut liege. An der Höhe des jeweiligen Mindestlohns habe ich keinen Anteil. Da entscheiden die Tarifparteien. Ich sorge nur

für die Verbreitung und Allgemeinverbindlichkeit.

FAZ: Zeigt der Ruf der Gewerkschaften nach einem einheitlichen Mindestlohn von 7,50 Euro nicht deren Ohnmacht?

M: Er zeigt jedenfalls, dass sie im untersten Bereich nicht mehr die Kraft haben, ausreichende tarifliche Mindestlöhne zu vereinbaren. Deshalb dürfen wir einen gesetzlichen Mindestlohn auch nicht ausschließen – aber nur als zweiten Schritt, wenn der erste nicht klappt. Die Tarifparteien müssen bei den Tarifparteien bleiben.

FAZ: Wird ein einheitlicher Mindestlohn nicht Zehntausende von Geringverdienern ihre Stellen kosten?

M: Nein. Ich warne vor vorschnellen Urteilen. In Europa haben 20 Länder einen Mindestlohn, die Vereinigten Staaten übrigens auch. Die Argumente sind an der Stelle ziemlich dünn – auch das Argument, die Jobs gingen dann alle ins Ausland: Den Reichstag wird man hier bewachen müssen, den kann man nicht nach Prag transportieren.

FAZ: Wenn die Friseuse in Thüringen statt 3,18 künftig 7,50 Euro die Stunde bekommen, wird sie ihren Job verlieren – weil sich der Chef das nicht mehr leisten kann oder weil bei höheren Preisen weniger Kunden kommen.

M: Über solche Sprünge reden wir sicher nicht. Ich denke, die Branche wird da schon was Vernünftiges vereinbaren, was wir dann für die Branche für allgemeinverbindlich erklären. Das ist der richtige Weg. Man wird sich daran gewöhnen müssen, dass es bald mehr Mindestlöhne geben wird.“

5 Milliarden Euro Steuersenkung für Unternehmen

Handelsblatt, 2.-4.2. rül. Trotz Protesten der Gewerkschaften und Bedenken der EU-Kommission wegen nachlassender Haushaltssolidierung scheinen SPD und Unionsparteien weiter entschlossen, den Unternehmen schon in diesem Jahr weitreichende Steuergeschenke zu machen. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung von Finanzminister Steinbrück (SPD) und Hessens Ministerpräsident Koch (CDU) billigte am Donnerstag den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Mitte März soll der Gesetzentwurf nun im Kabinett verabschiedet werden und dann durch Bundestag und Bundesrat. Kern ist eine Senkung der Gesamtsteuerlast für Kapitalgesellschaften aus Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer von heute fast 40 Prozent auf unter 30 Prozent. Auch private Besitzer von Unternehmen sollen davon profitieren. Ihnen soll die Einkommenssteuer auf Unternehmenserträge auf

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

weniger als 30 Prozent reduziert werden. Damit die Steuerausfälle durch diese enorme Entlastung der Unternehmen auf 5 Milliarden Euro begrenzt werden können, sollen gleichzeitig „zahlreiche Gegenfinanzierungsmaßnahmen“ in Kraft treten, u.a. eine Erschwerung von Gewinnverlagerungen ins Ausland. Das Bundesfinanzministerium spricht davon, dass die 200 größten deutschen Konzerne bei diesem Thema im Augenblick eine „extreme Steuergestaltung“ praktizieren, die gestoppt werden soll.

Zukunft für die berufliche Bildung

www.fes.de, Febr. 2007. alk. Bereits seit geraumer Zeit bemühen sich die Landesregierungen konservativer Prägung, vor allem Baden-Württemberg und Bayern, unter Titeln wie „Kein Abschluss ohne Anschluss“ um eine Neugestaltung des Verhältnisses von schulischer und beruflicher Ausbildung. Jetzt hat auch die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung dieses Thema entdeckt und eine Studie herausgebracht unter dem Titel: „Fachkräftemangel und Vertiefung sozialer Spaltungen – Herausforderungen für die Berufsbildung“. Die Zielsetzung unterscheidet sich zunächst im allgemeinen nicht sehr von den Vorschlägen aus der Union: „Im Zentrum steht die Kategorie der Bildungsmobilität, die für die individuellen Berufsverläufe wie für die Sicherung der Humanressourcen einer modernen Wirtschaft gleichermaßen von entscheidender Bedeutung ist. Institutionell bedeutet Bildungsmobilität, dass die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Bildungsbereichen durchlässig sind, individuell äußert sie sich darin, dass die Jugendlichen die Kompetenzen erwerben, die für eine selbständige Organisation ihrer Bildungsbiografie in der Perspektive lebenslangen Lernens erforderlich sind.“ Anders gesagt: Es sollen mehr Möglichkeiten geschaffen werden, dass Jugendliche eine Berufsausbildung erreichen oder nach einer Berufsausbildung sich für Hochschulen usw. qualifizieren können.

Interessant an der Studie ist Situationsbeschreibung, so heißt es: „Die duale Ausbildung verliert ihre dominante Position und fällt von 51% auf 43% der Neuzugänge zur beruflichen Bildung, während gleichzeitig das Übergangssystem, in dem Jugendliche keine qualifizierte Berufsbildung, sondern unterschiedliche Maßnahmen der Berufsvorbereitung vermittelt bekommen, auf 40% der Neuzugänge steigt und das (voll qualifizierende) Schulberufssystem bei 17% stagniert.“

Zu sehr von Schuldzuweisung und zu wenig von Analyse dagegen ist die Feststellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass die Unternehmen die Anzahl der Ausbildungsplätze reduziert haben. Si-



Namentliches Gedenken

Ddp, 4.2. maf. Mit deutlich irritiertem Unterton meldet der deutsche Depeschen-dienst: Gleich drei ehemalige Verteidigungsminister haben für ein Denkmal zu Ehren gefallener Bundeswehrsoldaten geworben. „Geben Sie den Männern und Frauen, die für die Werte unserer Verfassung ihr Leben ließen, eine Gedenkstätte!“, schreiben Georg Leber, Hans Apel (beide SPD) und Rupert Scholz (CDU) in der „Bild“-Zeitung (Montagausgabe) in einem gemeinsamen Appell an die Bundesregierung. Der derzeitige Zustand sei der gefallenen Soldaten „nicht würdig“. Die ehemaligen Minister wiesen darauf hin, dass bereits über sechzig Angehörige der Bundeswehr bei UN-Friedensmissionen und Nato-Einsätzen im Ausland gestorben seien. „Sie verteidigten im Auftrag des deutschen Parlaments Demokratie und Freiheit“, heißt es in dem Schreiben weiter. Den Gefallenen das namentliche Gedenken zu verwehren, passe nicht „zur ehrenvollen, demokratischen Tradition der Bundeswehr“.

Den bisherigen und kommenden Helden wird auf diesem Wege eine Existenz über den Tod hinaus versprochen. Es ist mehr als fraglich, ob diese Vorstellung in einer säkularisierten Gesellschaft zieht und den Soldaten die quälende Angst vor dem Tod nimmt oder das Sterben immerhin leichter macht. Zu befürchten ist, dass die Soldaten im Einsatz dieses Angebot aus der Sicherheit pensionierten Ministerlebens nicht zu würdigen wissen, sondern es eher für einen versteckten Spott halten, um den sich nach deutschem Sprichwort nicht sorgen muss, wer den Schaden (in Aussicht) hat.

cher spielen kurzfristige Kostenüberlegungen hier eine Rolle, aber vermutlich sind auch Änderungen im Produktionsablauf ursächlich dafür, dass viele Betriebe weniger ausbilden. Die Ausbildung in Großkonzernen hat kaum noch etwas mit der klassischen dualen Ausbildung (praktisches Lernen in der Produktion ergänzt durch Unterricht in der Berufsschule) zu tun, sondern zeigt stark Züge einer schulischen Ausbildung, organisiert vom Unternehmen.

Eine weitere Differenz zu den Vorstellung aus der Union: Als Bildungsziel, das eigentlich anzustreben wäre, erscheint der Hochschulabschluss und die Vorstellungen der SPD-Stiftung legen nahe, dass hier noch mehr Zugangsmöglichkeiten zu schaffen seien: „Die Tatsache aber, dass Deutschland, bezogen auf den Anteil der Personen mit Tertiärabschluss unter den 25-bis 34-Jährigen, mit 24% im untersten Drittel der OECD-Länder liegt, und der erwartbare demografisch bedingte Abschwung der Hochschulberechtigten fordern dringend eine Erhöhung der Studierendenquote. Am wirksamsten scheint dies durch eine stärkere Durchlässigkeit von der Berufsbildung zum Hochschulstudium erreichbar zu sein.“

Richtig beobachtet ist die „soziale Schließungstendenzen: Neben der Ge-

fährdung des Arbeitskräftepotentials liegt das zentrale Problem der Verschiebungen im Berufsbildungssystem in den sozialen Schließungstendenzen, die sich mit ihnen verbinden. Die Verschlechterung der Ausbildungschancen verteilt sich extrem unterschiedlich nach Regionen, vor allem aber nach schulischer Vorbildung. Nicht einmal mehr ein Fünftel der Ausbildungsanfänger ohne und nur noch zwei Fünftel mit Hauptschulabschluss münden ins duale System, die Mehrheit wird jeweils im Übergangssystem aufgefangen. Selbst mehr als ein Viertel der Realschulabsolventen landet (zunächst) im Übergangssystem.“

Die Studie zieht das Fazit, dass die einmal vorhandene Stärke des dualen Ausbildungssystems gegenüber rein schulischen oder rein betrieblichen Systemen stark geschwunden sei. Hoffnung setzt sie auf ein modular aufgebautes berufsorientiertes Ausbildungskonzept, wie es die EU mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen vorschlägt.

Auf jeden Fall bietet die Studie reichhaltiges Material und Anregungen zur Diskussion über einen sehr wichtigen Bereich des Bildungswesens, der ansonsten meist stark vernachlässigt wird.

Zusammenstellung: alk

Gefährliche Eskalation

Bush riskiert Großkrieg

Bagdad vor einer Offensive, „wie die Stadt sie noch nie gesehen hat“

Am 5. Februar nimmt eine der Drohungen, die US-Präsident Bush am 10. Januar mit der Ankündigung einer „neuen Strategie“ für den Irak ausgestoßen hatte, Gestalt an. Man werden die gesamte Stadt militärisch von sämtlichen religiösen und politischen Milizen „säubern“ und dauerhaft „befrieden“, hatte Bush angekündigt. Nun melden die Nachrichtenagenturen, die US-Truppen stünden zusammen mit irakischen Truppen und Polizeieinheiten unmittelbar vor einer Großoffensive in Bagdad, die Kommandozentrale wird bereits eingerichtet. Das irakische Parlament hat zugestimmt. Die Millionenstadt soll in neun Sektoren unterteilt und dann Sektor für Sektor abgeriegelt und Gebäude für Gebäude nach Aufständischen, Milizangehörigen und Waffen durchsucht werden. Das werde eine Of-



Straßenkampf in der Haifa-Straße Ende Januar. Bagdad hat, obwohl Hunderttausende geflohen sind, immer noch über 5 Millionen Einwohner.

fensive, wie die Stadt sie noch nie gesehen habe, wird der amerikanische Oberst Heckman, abgestellter „Berater“ der irakischen Armee, in der „Net-Zeitung“ zitiert. Einen Vorgesmack gab Ende Januar der Versuch, die Haifa-Straße am Westufer des Tigris nahe der Grünen Zone, des Regierungsviertels, zu „säubern“: Tagelang tobten heftige Gefechte zwischen amerikanischen und irakischen Soldaten auf der einen, sunnitischen Milizen auf der anderen Seite, Scharfschützen auf den Dächern von Hochhäusern feuerten auf alles, was

sich bewegte, die US-Streitkräfte setzten Kampfhubschrauber vom Typ Apache ein, Rauchschwaden hingen über dem Viertel.

Die wichtigste Folge des Irak-Krieges, sagte der US-Politologe Vali Nasr kürzlich in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung (14.1.), „besteht darin, dass sich Schiiten und Sunniten heute völlig feindlich gegenüberstehen. Wir sehen das im Irak, im Libanon, in Pakistan und im zunehmend spannungsreichen Verhältnis zwischen dem schiitischen Iran und dem sunnitischen Saudi-Arabien.“ Der Irak versinkt längst im Bürgerkrieg; er zerbricht. Auch Bagdad ist in feindliche Viertel aufgesplittet, Sunniten sind aus mehrheitlich schiitischen Vierteln geflohen oder wurden vertrieben und umgekehrt, Attentate, Massaker, Schießereien, Hinrichtungen und Entführungen sind an der Tagesordnung. Nirgendwo gibt es Sicherheit.¹ Doch die bevorstehende Großoffensive wird die Gewalt nicht eindämmen, sondern ihre Ursachen eher noch verstärken. Bisher hätte es für die Truppen zu viele Beschränkungen gegeben, daran seien die bisherigen Bemühungen, Bagdad zu sichern, gescheitert, sagte Bush in seiner Rede am 10.1., dieses Mal hätten die Truppen freie Hand. Nicht wenige Kommentatoren befürchten,

dass die Großoffensive Bagdad oder doch große Teile der Stadt zerstören wird. Nach den Kämpfen um die Kontrolle der Haifa-Straße fragte die vom saudischen Prinzen Salman Bin Abdul Aziz kontrollierte Zeitung „Asharq al Awsat“ ahnungsvoll: „Wenn der Kampf um die Kontrolle einer Straße dieses Ausmaß an militärischem Einsatz erfordert, was wird dann sein, wenn wir von den innen gelegenen, stark besiedelten und nahezu geschlossenen Vierteln Bagdads sprechen?“² Erinnerungen werden wach an das Gemetzel und die Verwüstungen der Besatzungstruppen in Falludscha im Jahr 2004 – im Rückblick kann man durchaus zu der Auffassung gelangen, dass der zweite Angriff im November

2004, der von irakischen – schiitischen und kurdischen – Truppen unterstützt wurde und die von Sunniten bewohnte Stadt zerstörte, die Saat für den Bürgerkrieg legte. Was die Folgen eines ähnlichen Vorgehens in Bagdad sein werden, lässt sich kaum ausmalen. Gewiss ist, dass das Heer irakischer Flüchtlinge, die Krieg und Bürgerkrieg zu Millionen aus ihren Häusern und Städten vertrieben hat, vor allem nach Syrien und Jordanien, um weitere Hunderttausende, wenn nicht Millionen anschwellen wird.

Ein Flächenbrand droht

Neben der „Befriedung“ Bagdads waren die Drohungen gegen Syrien und – vor allem – Iran der zweite Schwerpunkt der Rede, mit der Bush seine „neue Strategie“ für den Irak ankündigte. Die von Bush selbst eingesetzte Baker-Kommission hatte geraten, die beiden Nachbarländer in eine regionale Lösung einzubinden. Das Gegenteil scheint Bush anzustreben. Bereits im Oktober hatte er einen ersten Flugzeugträgerverband in die Golfregion entsandt, nun ist ein zweiter auf dem Weg dorthin, ähnlich wie vor Beginn des Irakkriegs 2003. Außerdem werden Patriot-Flugabwehraketten in den Golfstaaten stationiert. Für die Besatzung des Irak bzw. die Bekämpfung der Aufständischen im Irak und den Schutz der Besatzungstruppen machen diese militärischen Maßnahmen wenig Sinn. Sie richten sich, zumindest als Drohgebärde, unmittelbar gegen den Iran. „Der Nahe Osten ist keine Region, die von Iran beherrscht werden darf. Der Golf darf nicht von Iran kontrolliert werden. Deswegen haben die USA zwei Flugzeugträgerverbände in die Region geschickt“, so Burns vom US-Außenministerium in einer Rede in Dubai.³ Verschiedene Kommentatoren weisen darauf hin, dass von den Flugzeugträgern aus Einsätze gegen die Atomanlagen in Iran geflogen werden könnten. Ob das wirklich geplant und ob die US-Regierung mit ihrer Entscheidung eine Vorentscheidung für einen Angriff auf Iran getroffen hat, lässt sich schwerlich sagen. Tatsache aber ist, dass es sich um eine gefährliche Provokation und Eskalation handelt, die, wie die Russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti (22.1.07) schreibt, „einen Großkrieg in der Region [riskieren]. Es ist kaum zu hoffen, dass der Iran keine angemessenen Gegenmaßnahmen in seinem Teil des Persischen Golfs treffen wird.“

Auch auf andere Weise treiben die USA die Eskalation gefährlich voran. Am 11. Januar, einen Tag nach der Rede des US-Präsidenten, hatten die Besatzungstruppen fünf Angehörige einer iranischen Vertretung in Irbil, dem kurdischen Teil Iraks, verhaftet, ohne ihre Aktion im Übrigen mit den kurdischen Behörden oder der irakischen Regierung abgesprochen zu haben. Inzwischen ist das System dieser zunächst etwas dunklen Aktion deutlich geworden: Die US-Administration hat die Weisung erteilt, „iranische Agenten“ (also nicht etwa: Kombattanten) im Irak zu erschießen oder gefangen zu nehmen. Diese Weisung, die zum Kriegsverbrechen auffordert, erklärt de facto jeden Iraner im Irak zum vogelfreien Outlaw (der Aufruf „Tot oder lebendig“ war stets noch mit der Losung „Erst schießen, dann fragen“ verbunden). Sie legt es direkt darauf an, den Iran zu Gegenschlägen zu provozieren und damit wei-



Irak-Veteranen am 27.1. in Washington

tere Vorwände zu schaffen. Bush begründete – man mag den Begriff angesichts der Parallelen zum Vorlauf der Irak-Invasion hier kaum verwenden – das Vorgehen damit, dass „iranische Agenten“ maßgeblich an gewalttätigen Aktionen gegen die US-Truppen beteiligt seien. Am 2.2. hatte die Regierung auf einer Pressekonferenz massive Beweise für diese Behauptung vorlegen wollen.⁴ Allerdings wurde die groß angekündigte Konferenz kleinlaut abgeblasen, und auf die Frage, ob er sicher sei, dass die iranische Regierung die Anschläge auf US-Truppen im Irak unterstütze, antwortete Verteidigungsminister Gates: „Ich weiß nicht, ob wir die Antwort auf diese Frage wissen.“⁵

Dass die Verschärfung der Konfrontation mit dem Iran, die drohende Ausweitung des Irak-Krieges auf den Iran, diesen bewegen könnte, sein Atomprogramm fallen zu lassen, scheint eine so abwegige Vorstellung, dass kaum zu glauben ist, dass dies irgendjemand ernstlich damit bezoeken könnte. Sie wird vielmehr die Kräfte im Iran nicht nur bestärken, sondern auch vermehren, die den Staat atomar bewaffnen wollen. Hinzu kommt, dass die USA jetzt den Golfstaaten ihre Hilfe beim Aufbau ziviler Atomprogramme angeboten hat. Ahmadinejad wiederum hat den 11. Februar zum „Tag der Atom-Rechte“ ernannt und großsprecherisch angekündigt, dann würden „große Errungenschaften“ der iranischen Wissenschaftler verkündet und man werde sehen, dass das iranische Volk wieder die Weltbühne betrete und die Feinde in Verzweiflung stürze.⁶ Presseberichte gehen davon aus, dass der Iran an diesem Tag den beschleunigten Ausbau des Programms verkündet. Auch heißt es, der Iran habe eine der ballistischen Langstreckenraketen Shahab 3 umgerüstet zu einer Rakete, um in der nächsten Zeit

einen militärischen Satelliten in seine Umlaufbahn zu bringen. Träfe das zu, könnte der Iran potenziell die Shahab 3 auch zu Interkontinentalraketen mit noch größerer Reichweite umrüsten.⁷ Aber es ist gegenwärtig von außen nicht zu unterscheiden, was Gerücht und Propaganda zur Legitimation verschärfter Konfrontation ist und was eine Grundlage in der Realität hat.

Die Befürchtungen jedoch, dass der Konfrontationskurs die Region in Flammen legt, wachsen weltweit. Gera-de in den letzten Tagen vermehren sich die Warnungen vor und Aufrufe gegen einen neuen Krieg. So wandten sich ehemalige hochrangige Kommandeure der US-Armee in einem Brief an die Regierung mit der Forderung, diplomatische statt militärische Lösungen zu suchen; in Großbritannien warnten 15 Organisationen in einem gemeinsamen Bericht vor den verheerenden Auswirkungen eines Krieges gegen den Iran. „Die Konsequenzen einer Militäraktion gegen den Iran wären nicht nur widerwärtig, sie sind undenkbar“, so der Chef des Instituts Foreign Policy Centre.⁸

Auch auf den Libanon wirkt sich die Eskalationsstrategie der USA aus. Die inneren Widersprüche werden von allen Seiten befeuert. Bush kündigte in der vergangenen Woche an, der Iran, Syrien und die Hisbollah müssten „zur Rechenschaft gezogen werden“, weil sie für Instabilität im Libanon sorgten, der höchste geistliche Würdenträger der libanesischen Schiiten Hussein Fadlallah drohte daraufhin mit einem „Flächenbrand“, falls die pro-westlichen arabischen Regierungen die USA bei weiteren „Abenteuern“ in der Region unterstützen sollten. Der Libanon steht, das machten die blutigen Auseinandersetzungen der letzten Woche mit Toten und Hunderten Verletzten deutlich, erneut am Rande eines Bürgerkrieges.

„Holt die Truppen nach Hause, jetzt!“

Noch jeder Schritt, den die USA seit der Invasion des Irak unternommen haben, um die Situation unter Kontrolle zu bringen und das Land zu befrieden, hat zu einer Eskalation des Konflikts und der Konfrontationen geführt. Es gibt dazu, so oder so, nur eine Alternative: den Rückzug. Nach Spanien, Portugal, der Ukraine, den Philippinen, Japan, Italien, den Niederlanden zieht jetzt auch die Slowakei ihre Truppen aus dem Irak ab. Während Bush beschlossen hat, die US-Truppen vorerst aufzustocken, mehren sich in den USA bis in die Republikaner (Schwarzenegger) hinein die Stimmen, die für den Abzug der Truppen aus dem Irak plädieren. Die öffentliche Meinung hat sich längst gedreht, über 70% der Befragten plädieren in Umfragen für den Rückzug. Am 27. Januar demonstrierten in Washington, San Francisco, Oklahoma City, Seattle, Denver, Los Angeles und zahlreichen weiteren Städten der USA auf Aufruf des Friedensbündnisses „United for Peace and Justice“ über 100.000 Menschen für den sofortigen Abzug aller US-Truppen aus dem Irak. Das waren nicht ganz so viele, wie von den Veranstaltern erhofft, aber unter ihnen befanden sich erkennbar viele Veteranen der verschiedenen Kriege, auch des



Am 5. Februar begann vor einem Militärgericht das Verfahren gegen Lt. Ehren Watada, der als erster höherer Offizier sich gegen die Verlegung seiner Einheit in den Irak widersetzt hatte: „Meine Kameraden kämpfen und sterben im Irak und ihre Familien leiden wegen der Lügen und der Täuschungen der Regierung Bush. Der Irak Krieg ist nicht nur ein Verbrechen gegen inländisches und internationales Gesetz, er ist vor allem auch ein schreckliches moralisches Unrecht gegen die irakischen Menschen.“ Im Falle seiner Verurteilung drohen ihm bis zu sieben Jahre Haft.

Irak-Krieges. Für den 17. März ist zu einem neuen Aktionstag aufgerufen. Gegenwärtig entwickelt sich eine vielfältige Bewegung „von unten“. Veteranen- und andere Organisationen starteten am 5. Februar das Projekt „Besetzung“, dabei werden die Büros von Senatoren und Kongressabgeordnete aufgesucht, sie sollen solange „besetzt“ werden, bis sich die Abgeordneten öffentlich gegen die Bereitstellung weiterer unzähliger Milliarden Dollar für Krieg und Besatzung aussprechen. Eine andere Bewegung hat sich, wie wir auch in dieser Zeitung mehrfach berichtet haben, die Absetzung Bushs (Impeachment) zum Ziel gesetzt unter Berufung auf die Unabhängigkeitserklärung, die erstmals in den Tagen der Amerikanischen Revolution vor Menschenmassen verlesen wurde und in der es heißt: „Wann immer eine Form der Regierung diesen Zielen (Recht aller Menschen auf ‚Leben, Freiheit und das Streben nach Glück‘ – Verf.) Schaden zufügt, hat das Volk das Recht, diese zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen.“⁹ Überhaupt ist es spannend, weil hierzulande nur zum Teil bekannt, in zahllosen aktuellen Artikeln und Aufrufen die ausdrücklichen Bezüge auf eine lange Tradition amerikanischer „Graswurzelbewegung“ zu lesen, etwa auf die Bewegung des zivilen Ungehorsams gegen die Sklaverei, auf die Bewegung der lokalen Arbeitslosen-Räte, Mietervereinigungen und Selbsthilfeorganisationen in den Jahren 1933/34, die Bürgerrechtsbewegung, die Friedensbewegung der 80er Jahre gegen die Atombewaffnung und aktuell auf die Bewegung zahlloser Städte und Gemeinden gegen den Krieg und gegen den Patriot Act.

Christiane Schneider

1 Siehe dazu den Bericht von Patrick Cockburn, Bagdad – in einer von Angst gelähmten Stadt, The Independent / ZNet, 27.1.07

2 Zitiert nach: Mona Sarkis, Und wenn Bush längst gewinnt?, www.heise.de

3 Zitiert nach: Florian Rötzer, Aufsteigender (Kriegs)Nebel? Riskante Machtspiele am Persischen Golf, www.heise.de

4 Zwischenzeitlich wurde dem Iran auch ein Angriff auf irakische und US-Truppen bei Nadschaf Ende Januar in die Schuhe geschoben. Dabei wurden auf Seiten der „Aufständischen“ weit über 200 Menschen getötet. Über diese bewaffnete Auseinandersetzung, die bisher nicht aufgeklärt wurde, kursieren unterschiedliche Versionen. U.a. verbreitet auch die britische Zeitung „The Independent“ die Version, bei dem angeblichen „Sieg“ der US-Truppen über eine militante religiöse Sekte handele es sich in Wahrheit um ein Massaker. Siehe The Independent, 31.1.07, Patrick Cockburn in Bagdad, US „victory“ against cult leader was ‚masacre‘.

5 Zitiert nach: Thomas Pany, Ich weiß nicht, ob wir wissen ..., www.heise.de
6 Standard, 5.2.07
7 Aviation Week, 29.1.07 (updated), Iran appears Poised To Try Satellite Launch

8 Reuters, 5.2.07
9 Zitiert nach: Howard Zinn, ‚Impeachment‘ durch das Volk, The Progressive / ZNet 2.2.07

Zur Diskussion um die Haftverschonung von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt

Die anstehenden Entlassungen von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar (beide ehemals RAF) aus der Strafhaft bewegt die Öffentlichkeit. Große Teile der Publizistik fordern die Fortdauer der Haft vor allem von Christian Klar, da er keine Reue zeige, während andere sagen, Klar müsse von Haft verschont werden, da von ihm keine Gefahr mehr ausgehe und das gegen ihn ausgesprochene Urteil diese Möglichkeit nach 26 Jahren Haft, die im Jahr 2008 verstrichen sein werden, eröffne. Während niemand bestreitet, dass die Freilassung von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar niemanden und nichts gefährden würde, kommt die Erörterung zu kurz, was bei weiterem Vollzug in Stücke geht. Es wird dabei nämlich eine Grenze durchbrochen, die dem Staat gesellschaftlich gezogen wurde. Durch die überlange Dauer wandelt sich der Charakter der Strafhaft. Sie wird zu einer langsam, langwierigen quälenden Form der Hinrichtung. Da von den Objekten der Strafhaft keine Gefahr mehr ausgeht, sehen wir ein Staatswesen am Werk, das in der Entfaltung seiner strafenden Gewalt innere Genugtuung findet. Solche Züge hat die Polizei- und Justizkampagne gegen die RAF und andere bewaffnet kämpfende Gruppen von Beginn an getragen. Die Staatsorgane haben sich in diesem Konflikt im Ausnahmezustand gefühlt und auf vielfältigste Weise die Grenzen überschritten, die dem staatlichen Gewaltmonopol durch Gesetze und Menschenrechte gezogen sind. Es ist fast Allgemeingut der Zeitgeschichte, dass gerade diese Tendenz des staatlichen Handelns die Bereitschaft ausgedehnt hat, politische Kritik mit Gewaltaktionen zu verbinden. Aber heute hat es der Staat im Unterschied zu damals mit militärisch und politisch Entwaffneten zu tun. Übrig bleibt eine Tendenz zur überschießenden Gewalt an wehrlosen Gefangenen.

Welche politischen Signale würde die Fortsetzung der Quälerei aussenden?

Eine Rückblende Nachkrieg und moderne Zeiten

Die kulturellen, sozialen und politischen Bedingungen der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sind heute ferne Vergangenheit. In allen Industriestaaten der westlichen Welt vollzog sich der Übergang einer immer noch in weiten Teilen agrarisch-ländlich geprägten zu einer modernen, ganz auf Industrie und technisierte Landwirtschaft gründeten Gesellschaft. In den moder-

nierten Arbeitsprozessen entwickelte sich der Bedarf an schulisch vorgebildeten Arbeitskräften sprunghaft. Die Arbeit verlor an Anschaulichkeit, für die Bewältigung moderner Aufgaben ausreichendes Berufsgeschick konnte nicht mehr durch Lernen bei Erfahren erworben werden. Der Einsatz der Muskelkraft wurde weniger wichtig. Diese Veränderung ließ in gewaltigem Ausmaß vorher fest überlieferte Lebensweisen veralten, sie waren unauglich und verfielen der Lächerlichkeit. Diese Veränderungen, die sich im Inneren der Industriegesellschaften vollzogen, waren begleitet von Machtverschiebungen in den Verhältnissen zwischen industriell entwickelten und agrarischen Ländern, zwischen marktwirtschaftlich und staatswirtschaftlich organisierten Staaten. Die Kolonialreiche, namentlich Großbritanniens und Frankreichs, mussten aufgegeben werden. Auch konnte scheinen, die Staatswirtschaft sei weltweit auf dem Vormarsch. Dem stellten sich die USA entgegen. Sie brachen den Vietnamkrieg von Zaune, führten ihn grausam und zwangen die US-Jugend zum Kriegsdienst.

Auf diese weltweit zu merkenden Veränderungen reagierten die Gesellschaften entsprechend ihrer unterschiedlichen Nationalgeschichte unterschiedlich.

Die beschwiegene Nazivergangenheit

In der Bundesrepublik war die auch in den anderen Ländern erforderliche harte Auseinandersetzung mit veralteten Traditionen verschränkt mit einer Kritik des Hitlerfaschismus zu leisten. Geht man mal davon aus, dass Karrieren in Wirtschaft und Verwaltung so etwa mit dem 55. Lebensjahr zum Ziel gekommen sind, so hatte man 1965 an den leitenden Positionen der Gesellschaft der BRD Menschen sitzen, die ihre Laufbahn in Hitlers Nazi-Deutschland begonnen hatte, also in einem System, das auf die Loyalität seiner Führungskräfte bedacht war. Zwar hatte die Anti-Hitler-Koalition Nazi-Deutschland besiegt und danach durch die sorgfältig geführten Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse das System diskreditiert. Auch hatte es die so genannte Entnazifizierung gegeben. Aber diese Verfahren hatten die Verstrickung der Führungskräfte in das Nazisystem nur in extremen Fällen aufgedeckt. Die westlichen Besatzungsmächte, vor allem die US-Amerikaner und Briten, setzten eher auf eine Neigung zur Umorientierung, die sie gehen ließen, aber Gewehr bei Fuß bewachten. Da die Kirchen, besonders die katholische Konfession, in Gegensatz zum Nationalsozialismus geraten war, stand eine gut ausgebauten Bewältigungsform zur Verfügung: geheimes Bekenntnis, persönliche Reue, Losprechung, Ermahnung: Geh hin und sündige hinfort nicht mehr.

Kulturelle und politische Ausrichtung am „freien Westen“, namentlich den USA, Regierung des Landes durch christlich-konservative Kräfte, und: Schweigen. Das war das Rezept für die fünfziger Jahre. In diesem Rahmen war für die KPD, die sich gegen die Westbindung der BRD gestellt hatte, kein Platz. Sie wurde 1956 verboten. Auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde als verfassungsfeindlich gebrandmarkt.

Das Grundgebot des Beschweigens der Vergangenheit sollte sich erst viele Jahrzehnte, also Generationen später, im neuen Jahrtausend ein wenig lockern. Erst in den letzten Jahren wird versucht, die Geschichte der Verstrickung aller Institutionen systematisch zu schreiben, und immer noch ist Widerstand zu merken.

Das Wort vom langen Marsch durch die Institutionen ...

Es ist in der Rückschau begreiflich, dass für diese Gesellschaft der Fortbestand des Schweigekartells für existenznotwendig gehalten wurde. Die Fragen, die von der jüngeren Generation aus dem öffentlichen Raum an die Institutionen, an die Autoritäten, die Amts- und Würdenträger gerichtet wurden, blockte

Die Antwort: Repression

Zunächst durch scharfe Polizeimaßnahmen gegen Demonstrationen. Dann durch Presseverleumdungen, die eine öffentliche Meinung schufen, die das Attentat auf Dutschke auslöste. Der Prozess der Repression wurde 1972, nachdem die SPD an die Regierung gekommen war, durch Willi Brand kompliziert, der die „Ministerpräsidentenbeschlüsse“ veranlasste, durch die „Rakale“ aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten wurden. Ungefähr zeitgleich besorgte die SPD in den DGB-Gewerkschaften die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“, durch die linke Organisationen zu „feindlichen“ Organisationen erklärt wurden, deren Mitglieder ohne weiteres ausgeschlossen werden konnten.

Damit war das Konzept des „langen Marsches“ durch die Institutionen abgeblockt, oder, wie sich boshaft sagen ließe, auf die Kriegspur umgelenkt worden.

Parallel zu diesem inneren Kultur- und Sozialgeschehen entwickelten sich die BRD-Weltpolitik, die darauf zielte, die BRD zum Juniorpartner der USA zu machen, und Bereitschaft signalisierte, sich an deren Kriegen direkt zu beteiligen. Diese Signale von Kriegsbereit-

taugliche, fehleranfällige Verfahren durch zwei Gegebenheiten:

Erstens wurde die Bereitschaft dokumentiert, von der Verweigerung der Wehrpflicht zum offenen Kampf überzugehen, und damit war eine Tatsache gegeben, die der BRD eine Beteiligung imperialistischen Krieges erschwert hat.

Zweitens hatte das harte Vorgehen der etablierten Institutionen, ihre Politik der Ausgrenzung, vor den Köpfen der Kritiker eine Wand gezogen, die irgendwie durchbrochen werden musste.

Damit war eine Situation gegeben, in der die Aktionen der bewaffnet kämpfenden Gruppen in einem Grade Sympathie auslösten, der weit über das Einverständnis mit von ihnen verbreiteten politischen Strategien hinausging.

Ausbau der Staatsmacht

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die staatliche Organisation der BRD aus der Auseinandersetzung mit den bewaffnet kämpfenden Gruppen gestärkt hervorgegangen ist. Ein Grund dafür ist, dass die Repression zwar scharf war, letztlich aber doch Raum zum Kampf um die öffentliche Meinung ließ, so dass letzte Mittel des Widerstandes nicht zu legitimieren waren. Ein anderer, verwandter Grund war, dass die Legitimationsversuche unter diesen Umständen in Selbstermächtigung mündeten, die es den Gruppen unmöglich machte, ihre schon politisch nicht legitimierbaren Aktionen wenigstens in den Bahnen des Kriegsrechts zu halten; auch in einer Kriegssituation – und die RAF nahm an, sich in einer solchen zu befinden – stellt die Erschießung des entführten und gefangenen Abreitgeberpräsidenten Schleyer ein Verbrechen dar. So zog der Staat aus dem Verlauf der Auseinandersetzung Legitimation. Das Arsenal der staatlichen Machtmittel wurde erweitert. Die bewaffnet kämpfenden Gruppen wurden geschlagen und zerfielen.

Und heute?

Entlässt der heutige Staat die aus einer anderen Zeit gekommen Gefangenen aus der Haft, so bedeutet das mit Blick auf die damals zur Debatte stehenden Konflikte gar nichts mehr. Sie sind historisch geworden. Auch steht keineswegs die Strafbarkeit der Kampfführung der RAF und der anderen bewaffnet kämpfenden Gruppen zur Debatte, die nicht bestritten wird.

Bei einer nicht begründbaren Fortsetzung der Haft geht es vielmehr um ein Moment von Rechtsstaatlichkeit des Staates. Es wäre eine Maßnahme, die ohne Mühe konservativ begründet werden kann. Wer wissen will, welchen Staat die große Koalition hermachen möchte, hieran wird sich etwas erkennen lassen.

Martin Fochler



Benno Ohnesorg wurde am 2. Juni 1967 bei einer Demonstration gegen den Schah-Besuch in Berlin von einer Polizeikugel getötet. Sein Tod markiert eine deutliche Zäsur in den politischen Auseinandersetzungen in Westdeutschland in den 60er Jahren.

man ab. So wurde der Traditionsbuch, der wegen der unabsehbaren Änderungen der Lebensweise ohnehin notwendig war und in der ganzen westlichen Welt zu einer Entzweiung der Generationen führte („Trau keinem über dreißig“) in Deutschland politisch aufgeladen.

In diesem Minenfeld kreierte der aus der DDR gekommene Rudi Dutschke die Parole vom „langen Marsch durch die Institutionen“, eine Strategie, die darauf hinauslief, die Widersprüche zwischen der Öffentlichkeit, den „mündigen Bürgern“ und den Institutionen in die Institutionen hineinzutragen. In einem solchen Kampf hätten die in Akten und Archiven versiegelten Geheimnisse der Eliten offenbar werden müssen. Die Bundesrepublik erkannte eine Bedrohung. Sie reagierte.

schaft lösten in der BRD eine in der Geschichte der Wehrpflicht beispiellose Verweigerungsbewegung aus, die bis heute andauert.

Bewaffneter Kampf

Die Operationen der USA gegen Befreiungsbewegungen in vormalen kolonisierten Ländern sowie die am Beispiel Chiles offensichtlich gewordene Bereitschaft, demokratische Entwicklungen in Ländern Südamerikas mit Gewalt, Bürgerkrieg und Installation grausamer Diktaturen zu unterbinden, schufen eine Situation, in der sich Linke auch in der BRD unmittelbar als Teil einer weltweiten Bewegung begreifen und die Legitimation zum bewaffneten Widerstand auf die BRD gefühlsmäßig übertragen konnte.

Plausibel wurde dieses politisch un-

Wirtschaftsblöcke im Dialog

Am 28. und 29. Mai findet in Hamburg das 8. „Asia-Europe-Meeting“ (ASEM) statt. Dazu werden die Außenminister aller 27 EU-Staaten, Vertreter der Europäischen Kommission und des ASEAN-Sekretariats sowie von 16 asiatischen Staaten erwartet, um über Fragen des Welthandels und der gegenseitigen Zusammenarbeit zu beraten.

ASEM ist ein im Jahr 1996 ins Leben gerufenes Forum, auf dem sich die Regierungen der EU mit asiatischen Regierungen über gemeinsam interessierende Fragen austauschen. Entstanden ist es aus der Kooperation der EU mit den zehn Staaten des asiatischen Wirtschaftsbündnisses ASEAN (Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar (früher bekannt als Birma), Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam). Alle zwei Jahre treffen sich seitdem die Staats- und Regierungschefs der beteiligten Staaten, abwechselnd in Asien und Europa. Hinzu gekommen sind im Laufe der Jahre Indien, China, Japan, Südkorea, Pakistan und die Mongolei.

„ASEM ... repräsentiert mittlerweile 50% des weltweiten Bruttosozialproduktes, 58% der Weltbevölkerung und 60% des Welthandels“, heißt es in einem Aufsatz über die Geschichte dieser Treffen auf der Homepage „Deutschland online“, einem vom Auswärtigen Amt redigierten Internetdienst. „Im Jahr 2007 feiert die Europäische Union den 50. Jahrestag der Römischen Verträge. Die Asean-Staaten werden ihr 40-jähriges Bestehen feiern. Beide, die EU und Asean – begehen zudem in 2007 das 30-jährige Jubiläum ihrer offiziellen Beziehungen... Es gilt, die Erfahrungen aus den so unterschiedlichen Regionalisierungsprozessen für beide Seiten zu nutzen.“

Dass sich nun in Hamburg die Außenminister der beteiligten Staaten treffen, hat unter anderem den Grund, dass die ASEM-Treffen mit inzwischen 45 Teilnehmern immer größer geworden sind und deshalb eine Reform der bisherigen Arbeitsmechanismen vorbereitet werden soll.

Skepsis gegenüber der „trans-atlantischen Freihandelszone“

Im Vordergrund des Hamburger Treffens dürften aber Fragen des Welthandels

stehen. Die Vorschläge von Bundeskanzlerin Merkel, die EU und Nordamerika sollten eine „Transatlantische Freihandelszone“ schaffen, werden von den asiatischen Staaten argwöhnisch beobachtet. Selbst innerhalb der Bundesregierung sind sie umstritten. Der für die Vorbereitung des G-8-Treffens in Heiligendamm im Juni dieses Jahres verantwortliche „Sherpa“ der Bundesregierung, Staatssekretär Bernd Pfaffenbach aus dem Wirtschaftsministerium, warnte am 16. Januar im „Handelsblatt“ öffentlich: „Wenn sich die zwei größten Wirtschaftsblöcke der Welt demonstrativ als einzige umarmen, können sich die Staaten Asiens oder Südamerikas zu Recht verprellt fühlen. Wenn man es falsch anpackt, wäre dies der Todesstoß für die gerade wieder aufgenommene Welthandelsrunde Doha, und das muss auf jeden Fall vermieden werden.“

Jayakumar kürzlich gewarnt. Dem soll durch einen Intensivierung des Handels und der wirtschaftlichen Beziehungen vorgebaut werden. Bis 2015, fünf Jahre früher als bisher geplant, soll deshalb zwischen den Asean-Staaten mit ihren zusammen 600 Millionen Einwohnern eine komplette Freihandelszone bestehen. Gleichzeitig wollen die Asean-Staaten sich ähnlich wie die EU eine gemeinsame Verfassung geben. Wann genau und in welchen Schritten die anderen auf der Tagung auf den Philippinen anwesenden Staaten, also China, Indien, Japan, Südkorea, Neuseeland und Australien, sich diesem Freihandelspakt der Asean-Staaten anschließen, ist noch offen. Zwischen den Asean-Staaten und China wurde am 15. Januar schon einmal ein weitreichendes Abkommen über die Liberalisierung des Dienstleistungshandels geschlossen. Im Sommer 2007 soll ein Handelsvertrag

Indien-Asean folgen. Gleichzeitig wollen alle 16 Staaten bei der Förderung alternativer Energiequellen zusammen arbeiten, um sich so von Öl-Importen unabhängiger zu machen.

„Die prekäre Situation der WTO-Runde lässt Asiaten enger zusammen rücken. „Jeder sichert sich durch Freihandels-Deals mit wichtigen Partnern gegen ein Scheitern ab“, zitierte das „Handelsblatt“ in seinem Bericht über die Tagung Singapurs Premier Lee Hsien Loong.

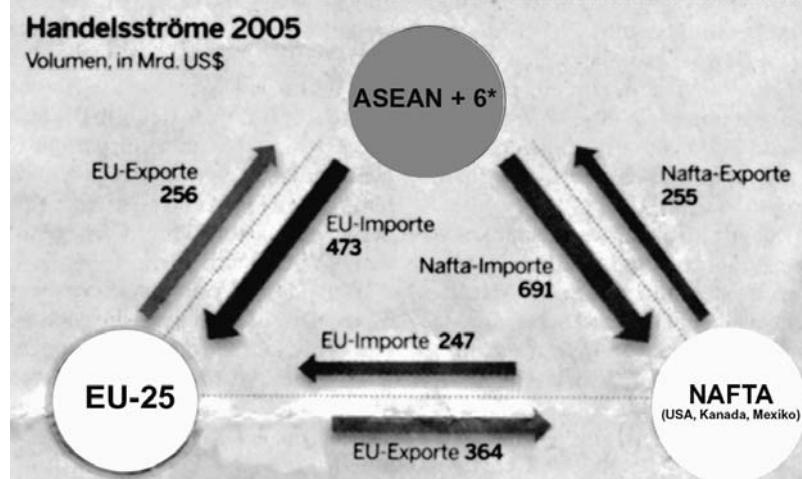
Ein mögliches Streit-Thema auf dem Hamburger

Asem-Treffen zeichnet sich damit ab: Bemühen sich die europäischen und die asiatischen Staaten gemeinsam um eine Fortsetzung und einen Erfolg der Welthandelsrunde Doha, zum Beispiel durch den Abbau von Zöllen und Subventionen im Agrarbereich, oder konzentrieren sie sich künftig stärker auf regionale Blockbildungen Europa-USA auf der einen, Asien-Pazifik auf der anderen Seite?

Andere Themen dürfte die Situation in Afghanistan sein und die Spannungen beim Thema Iran, wo die USA sich weiter alle militärischen Optionen offen halten und zugleich wirtschaftlich das Land zunehmend zu isolieren versuchen, während die asiatischen Staaten eine solche Eskalation vermeiden wollen.

riil

Quellen: Handelsblatt, 16.01.07, www.magazine-deutschland.de



Der Außenhandel der 16 Staaten, die sich auf den Philippinen zur Errichtung einer asiatisch-pazifischen Freihandelszone verpflichtet haben, mit der EU und der Nordatlantischen Freihandelszone NAFTA (USA, Kanada und Mexiko) übertrifft schon heute den Handel EU-Nafta. Bild: „Handelsblatt“, 16.1.07, wir bitten die schlechte Reproduktion zu entschuldigen.

Asiatische Staaten planen Freihandel

Die Sorge vor einem solchen Scheitern dieser Welthandelsrunde hat bei asiatischen Staaten bereits zu einer engeren Zusammenarbeit geführt. Am 15. Januar trafen sich auf den Philippinen die Staatschefs von 16 asiatischen und pazifischen Staaten: die zehn Asean-Staaten, Japan, Indien, China, Korea, Neuseeland und Australien. „Die größten und dynamischsten Wirtschaftsmächte im asiatisch-pazifischen Raum planen eine Freihandelszone“, berichtete einen Tag danach das „Handelsblatt“. Haupttreiber bei diesem Plan sind derzeit die Staaten des Asean. Sie befürchten, gegenüber den rasch wachsenden Wirtschaftsmächten China und Indien international ins Hintertreffen zu geraten, zum Beispiel bei Handels- und Investitionsströmen. „Wenn wir so weiter machen, sinkt Asean in die Bedeutungslosigkeit“, hatte Singapurs Vizepremier

aktionsschluss offensichtlich weiter im Streik. (Quelle: BBC, tiscali-europe 25.1.)

Konflikte in der italienischen Regierungskoalition über außenpolitischen Kurs

Zwei Konflikte zerreißen derzeit die Mitte-Links-Koalition in Italien: Zum einen der geplante Ausbau des US-Stützpunktes in Vicenza. Hier setzte die oppositionelle Mitte-Rechts-Allianz am 1. Februar einen Antrag durch, der den Verteidigungsminister bei der Absicht unterstützt, den Stützpunkt auszubauen, und damit das Dilemma der Regierungskoalition verstärkte. Diese ist gespalten. Die Linke stemmt sich gegen den Ausbau des Stützpunktes, der von Anfang an heftig umstritten war und mehrfach Ziel von Blockadeaktionen, so im Krieg gegen den Irak, in dem ihn die US-Truppen als logistischen Stützpunkt nutzten. Die erweiterte Basis soll Einheiten der 173. US-Luftlandebrigade aufnehmen, die zur Zeit in Bamberg und Schweinfurt stationiert sind. Damit wird Vicenza zur bedeutendsten US-Basis im Aktionsradius Balkan und Naher Osten. Die Linke fordert ein Referendum, in dem die Bürger Vicenzas über die Erweiterung entscheiden sollen. Sie ruft für den 17. Februar zu einer Großdemonstration in Vicenza auf.



Der zweite große Streitpunkt ist die Verlängerung des Mandats in Afghanistan. Die beiden kommunistischen Parteien und die Grünen haben angekündigt, dass sie dem Gesetz, das die Verlängerung des Mandats und seine Finanzierung regelt, nicht zustimmen wird: „Ohne eine klare Ausstiegsstrategie, ohne einen sichtbaren Bruch mit der vorhergehenden Politik werden wir der Neufinanzierung nicht zustimmen“, erklärten sie. Prodi erklärte dagegen, die italienischen Truppen in Afghanistan zwar nicht aufzustocken, aber den Verpflichtungen nachkommen zu wollen. Außenminister D'Alema von den Demokratischen Sozialisten hält den Rückzug der Truppen für „nicht realistisch“, fordert aber eine internationale, von der UNO organisierte Konferenz, um eine Änderung der westlichen Strategie in Richtung „zivile und humanitäre Präsenz“ zu erreichen. Die Linke hält aber an der Forderung an einer Ausstiegsstrategie fest. (Quelle: ND, stol.it-nachrichten)

Zusammenstellung: scc



Griechenland: Mehr als die Hälfte der Universitäten besetzt

Im Januar nahm die Protestbewegung der Studierenden großen Aufschwung. Jeden Mittwoch demonstrieren Tausende, am 24. Januar sogar 40.000 in Athen, Thessaloniki und anderen Städten. Mehr als die Hälfte der Universitäten ist inzwischen besetzt, jeden Tag schließen sich weitere Universitäten dem Streik an. Die Proteste richten sich gegen den Versuch der konservativen Regierung, die dabei von der oppositionellen PASOK unterstützt wird, Artikel 16 der griechischen Verfassung aufzuheben. Dieser Artikel 16 garantiert das Recht auf freie, öffentliche Bildung und ein staatliches Bildungssystem. Dieses staatliche Bildungsmonopol soll im Zusammenhang mit der durch den Lissabon-Prozess eingeleiteten EU-weiten Reform des Bildungswesens abgeschafft werden. Erstmals sollen nun auch in Griechenland private Hochschulen zugelassen und ihre Abschlüsse denen der staatlichen Universitäten gleichgestellt werden. Kritiker befürchten, dass einerseits die Qualifikation entwertet wird, andererseits die Kosten des Studiums steigen. Bereits im letzten Sommer hatten die Studierenden gegen diese Entwicklung gestreikt. (Quelle und Bild: Indymedia sowie die Website von Synaspismou http://www.neolaia-syn.gr/en_index.php)

Rumänien: Chinesische Textilarbeiterinnen im Streik

Fast 400 chinesische Arbeiterinnen in einer Textilfabrik in Bacau im Nordosten Rumäniens streiken seit Mitte letzter Woche für höheren Lohn, berichtete BBC am 25.1. Die Arbeiterinnen verlangen die Verdopplung des Monatslohn von derzeit netto ca. 290 Euro. Der Geschäftsführer der teilweise zu einem italienischen Unternehmen gehörenden Textilfirma lehnt jede Lohnerhöhung kategorisch ab mit der Begründung, dass die Arbeiterinnen nahezu den rumänischen Durchschnittslohn (ca. 300 Euro) erhielten. Diese Behauptung trifft

insofern nicht zu, als die chinesischen Arbeiterinnen einen Teil des Geldes an die chinesische Arbeitsvermittlung abführen müssen, die ihnen ihren Job in Europa verschafft haben. „Wir haben jeden Tag Hunger“, zitiert BBC eine Arbeiterin, die erklärt, dass das chinesische Essen, das sie erhalten, äußerst dürftig sei. Ein zweites Problem ist, dass die Chinesinnen gänzlich isoliert und unter einem strengen Reglement leben; sie sprechen nicht Rumänisch und auch kaum englisch. Die qualifizierten Arbeiterinnen sind die ersten aus China, die offiziell in Rumänien arbeiten, ihre Zahl soll in Kürze auf ungefähr 1000 mehr als verdoppelt werden. Hintergrund ist der wachsende Arbeitskräfte-mangel vor allem in der rumänischen Textilindustrie: Viele rumänische Textilarbeiter sind als Wanderarbeiter nach Westeuropa gezogen und werden nun in Rumänien durch moldawische und zunehmend chinesische Wanderarbeiter ersetzt. Ein Teil der Streikenden hat damit gedroht, nach China zurückzukehren, sollte der Streik nicht erfolgreich sein. Ein Teil soll die Arbeit aufgrund der Vermittlung chinesischer Diplomaten inzwischen wieder aufgenommen haben, rund 300 befinden sich bei Red-



NÜRNBERG. Anlässlich der Spielwarenmesse in Nürnberg hat die Aktionsgemeinschaft Nürnberger Arbeitsloser (ANA) am 1. Februar gemeinsam mit ver.di Erwerbslosenausschüssen Mittelfranken und Oberpfalz sowie dem Sozialforum Fürth gegen die völlig unzureichenden Hartz-IV-Leistungen für Kinder protestiert. Auf Info-Tafeln, mit „Installations“ und Transparenten haben sie vor den Messehallen die Preise für Spielsachen und die bei Hartz IV vorgesehenen 76 Cent für Spielzeug gegenübergestellt. In dem Flugblatt heißt es u.a.: „Wie viel Geld kostet ein Kind im Monat? Was meinen Sie? Beim ALG II gibt es für ein Kind unter 14 Jahren monatlich 207 Euro. Das soll angeblich für Essen, die Winterschuhe, den Schulranzen und vieles mehr reichen. Von den 207 Euro sind 76 Cent monatlich für Spielsachen vorgesehen, also 9,12 Euro aufs ganze Jahr gerechnet.“ Die Aktion war der Auftakt für verschiedene ähnliche Veranstaltungen, die im Frühjahr in ganz Deutschland stattfinden sollen. Ziel der Initiative ist eine Erhöhung des Regelsatzes für Kinder um 20 Prozent auf 252 Euro. Zusätzlich macht sich die Koordinationsstelle dafür stark, dass die Kommunen ihre Möglichkeiten z.B. bei den Beihilfen für Bekleidung großzügig ausschöpfen.

www.erwerbslos.de



Fünf bis zehn Prozent der Kosten des G8-Gipfels für den Protest!

ROSTOCK. Als „an den Realitäten vorbei“ kritisiert Monty Schädel, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) die jüngsten Verlautbarungen der Verwaltungschefs der Landkreise Güstrow und Bad Doberan, Landräte da Cunha und Leuchert, sowie der Stadt Rostock, Oberbürgermeister Methling. „Wer die angeblichen Vorteile des G8-Gipfel in Heiligen-damm nicht müde wird zu behaupten, muss sich endlich auch mit dem legitimen Protest gegen die dort beratene Politik beschäftigen!“ erklärte Schädel am Sonnabend in Rostock. Er fordert: Bei bisher mindestens 96 Millionen Euro veranschlagte Kosten für den G8-Gipfel, sollten 5-10 Prozent auch für den Protest und deren Ablauf zur Verfügung stehen. www.deutsche-friedengesellschaft.de

Bahn geht gegen Gedenkveranstaltungen vor

BERLIN. Mit zahlreichen Zwangsmaßnahmen, gewaltsauslösenden Räumungen durch Bahn- und Polizeikräfte sowie mit Aufenthalts- und Redeverboten reagierte die Konzernleitung der Bahn AG am Auschwitz-Gedenktag am 29.1.2007 auf die bundesweiten Informationsveranstaltungen über das Deportations-schicksal von drei Millionen NS-Opfern. Auch mehrere zehntausend jüdische Kinder waren mit dem Bahn-Vor-gänger „Deutsche Reichsbahn“ in die Vernichtungslager transportiert worden. Wie aus Halle berichtet wird, forderte das lokale Bahnmanagement die bereitstehenden Polizeikräfte auf, „mit allen Mitteln“ gegen das Gedenken vor-zugehen. Auf den Bahnhöfen Würzburg und Schweinfurt wurde den Veranstaltern untersagt, sich mit Redebeiträgen an die Reisenden zu wenden. Anlass war eine Gedenkansprache des Berliner Wissenschaftlers Prof. em. Dr. Ekkehart

Krippendorff. In Göttingen rissen Bahnbedienstete Fotos und Dokumente der 11.000 deportierten jüdischen Kin-der von einer provisorischen Ausstellungswand im dortigen Hauptbahnhof. In Frankfurt a. M. griff das lokale Bahn-management Mitglieder einer Bürgerinitiative an, die in den Zügen Informationsmaterial an die Reisenden verteilen wollten. Die Repressionsmaßnahmen waren von der Berliner Konzernzentrale angeordnet worden. In Berlin drohte sie, den Berliner Hauptbahnhof zu räumen, sollte es dort zu einer Pressekonferenz mit anschließender Informationsveranstaltung kommen. Ange-kündigt war die Teilnahme des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Berlin Gideon Joffe und der Publizistin Lea Rosh. www.german-foreign-policy.com

Anti-Atom-Korsos gestartet

MÜNSTER. Mit zwei Autokorsos und drei Kundgebungen ist die „mobile“ Anti-Atom-Demo im Münsterland/Ruhrge-biet am 3.2.2007 erfolgreich gestartet. In Ahaus waren ca. 35 Autos am Start und machten spontan einen Autokorso durch die Stadt, bevor sie nach Münster losfuhren – vorneweg der große Papp-Castor der BI. In Dortmund fand vor der Atomfirma Uhde eine kleine Kundgebung statt. Uhde liefert Anlagenteile für Hochtemperatur-Reaktoren nach Südafrika. Prompt wurde der WDR Dortmund von Uhde vom Gelände ge-schmissen – bloß keine Öffentlichkeit für das dunkle Geschäft. Und in Lünen demonstrierten gerade 40 Leute am Hauptbahnhof gegen die Urantrans-porte von Frankreich nach Gronau – für Lünen die erste Anti-Atom-Demo seit dem Ahaus-Castor 1998. Ziel der „mobilen“ Demo ist es, den Widerstand gegen die Atomindustrie in möglichst viele Orte zu tragen, denn durch viele Orte fahren regelmäßig Urantransporte oder sind kleine, mittlere oder größere Firmen dick am Atomgeschäft beteiligt.

<http://de.indymedia.org>

Montagsdemos beantragen Strafgeld von Peter Hartz

BERLIN. Ein Teil der Montagsdemo-Bewegung hat Anspruch auf die Strafzahlung von Peter Hartz angemeldet. Der VW-Manager war unlängst zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. „Die Strafgelder von Peter Hartz sind bei den Montagsdemonstranten am besten aufgehoben“, sagte Fred Schirrmacher, Sprecher einer bundesweiten Koordinierungsgruppe. „Deshalb werden wir beantragen, dass die Montagsdemonstrationsbewegung als soziales Gewissen Deutschlands Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Hartz-Reformen erhält: aus der verfügbaren Geldstrafe.“ ND 5.2.07, www.bundesweite-montagsdemo.com

Aktion gegen Dumpinglöhne bei C&M-Friseurkette

ULZBURG. Mitglieder der Segeberger WASG und der Linkspartei Neumünster haben am 27.1.2007 in Henstedt-Ulzburg gegen die umstrittenen Arbeitsbedingungen bei der Friseurkette C&M-Company und für den gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro demonstriert. Vor der Ulzburger Filiale des Skandal-Unternehmens wurden bei Minusgraden Flugblätter verteilt und Diskussionen mit PassantInnen ange-regt. Das Prinzip „Geiz ist geil“ dürfe im Dienstleistungssektor nicht weiter um sich greifen. Vielmehr müsse wieder gelten, dass gute Arbeit auch gutes Geld kostet. Die am Samstag bei der Aktion in Henstedt-Ulzburg angesprochenen PassantInnen hatten dann auch größtenteils Verständnis für die Forderungen der „Linken“. Die Aktion fiel unter anderem auf, weil sich die Ulzburger Niederlassung des Unternehmens an der größten Kreuzung des Ortes befindet. In Henstedt-Ulzburg waren Linkspartei und WASG zuvor nie in Erschei-nung getreten. Der Leiter der betroffenen C&N-Filiale rief übrigens sofort die Polizei. Da die Aktion auf öffentlichem

Gelände stattfand, wurden jedoch nur die Personalien der AktivistInnen festgehalten ... weshalb sie die Verteilung der Flugblätter um eine halbe Stunde verlängerten. www.infoarchiv-norderstedt.org

Attac fordert Mindestlohn 10 Euro

FRANKFURT A.M. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac fordert die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. „Wer arbeitet, soll davon auch menschenwürdig leben können“, sagte Werner Rätz, Mitglied des Koordinierungskreises und der AG Genug für alle von Attac. Ein Mindestlohn müsse gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen; dies sei mehr als nicht zu hungern und zu frieren. Eine Richtschnur könne die Pfändungsfreiraumgrenze sein. Diese beträgt zurzeit 930 Euro netto im Monat und ergibt einen Stundenlohn von zehn Euro brutto. Attac fordert zudem ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle Menschen, auch wenn sie nicht arbeiten. Die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe sei ein Menschenrecht, das sich nicht niemand erst verdienen müsse. „Von Arbeit muss man menschenwürdig leben können – ohne Arbeit auch“, so Werner Rätz. Hartz IV bedeute gesetzlich verordnete Armut. Rätz: „Das ist und bleibt ein Skandal.“ www.attac.de

Demonstration gegen Berufsverbote in Mannheim

MANNHEIM. Fast 600 Menschen haben am 27.Januar in Mannheim gegen Berufsverbote demonstriert. Anlass war die bevorstehende Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim im Berufsverbotsfall des Heidelberger Realschullehrers Michael Csaszkočzy, dem seit nunmehr drei Jahren wegen seiner Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg die Ausübung seines Berufes verwehrt wird.

35 Jahre nach dem Radikalenerlass, den die Ministerpräsidenten der Länder am 28.1.1972 verabschiedeten, fordern

ten die DemonstrantInnen nicht nur das Ende des gegen Michael Csaszkočzy verhängten Berufsverbots, sondern auch die Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen aus den 70er und 80er Jahren sowie die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote.

Silvia Gingold, eine der prominentesten Berufsverbotsbetroffenen in den 1970er Jahren bezeichnete es in ihrer Eröffnungsrede als Skandal, dass das Berufsverbot gegen Csaszkočzy damit begründet wurde, durch die Feststellung von Kontinuitäten zwischen Nationalsozialismus und BRD werde der Staat hältlos diffamiert. Für die Wahrheit dieser Feststellung stehe sie auch mit ihrer ganz persönlichen Familiengeschichte. Als Tochter jüdischer Widerstandskämpfer musste sie erleben, dass ein ehemaliger Stammführer der Hitlerjugend als Richter den Vorsitz in ihrem Berufsverbotsverfahren führte.

Die stellvertretende Landesvorsitzende der GEW, Carmen Ludwig, versicherte Csaszkočzy auch weiterhin die volle Unterstützung der Gewerkschaft. Angesichts der vom Bundesverfassungsgericht im Rahmen des NPD-Berufsverbotsverfahrens festgestellten Verstrickung des Verfassungsschutzes mit der rechtsextremistischen Szene sei dieser Geheimdienst denkbar ungeeignet, in einem solchen Fall zum Herrn des Verfahrens gemacht zu werden.

Redebeiträge: www.gegen-berufsverbote.de

Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“ der VVN-BdA

DÜSSELDORF. Die VVN-BdA ruft am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, zur mehrmonatigen bundesweiten Kampagne für ein Verbot der neonazistischen NPD auf. Ihr Start wird in mehreren Landeshauptstädten mit Aktionen vor Innenministerien und Behörden begleitet, so auch in Düsseldorf. Bekanntlich waren vor allem die V-Leute des Verfassungsschutzes NRW in der

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

NPD die Ursache für ein Scheitern des ersten Verbotsverfahrens.

Bundesweit sollen jetzt in großer Zahl Unterschriften unter einen Aufruf an die Bundestagsabgeordneten gesammelt werden, in dem dazu aufgefordert wird, ein neues Verbotsverfahren einzuleiten.

www.nrw.vvn-bda.de

Senat der Uni Frankfurt unterstützt Verfassungsklage

FRANKFURT A.M. Nach langer, inhaltlich sehr überzeugender Diskussion stimmte der Senat der Universität Anfang Februar 2007 einer vom AStA eingebrachten Resolution zur Unterstützung der Verfassungsklage gegen Studiengebühren zu. Die Unterstützung des Senats geht sogar darüber hinaus und umfasst gleich noch die von der hessischen Opposition geplante Verfassungsklage (obwohl gerade diese weitreichenden Entscheidung im Dezember noch klar verneint wurde). Die Resolution des AStA-Vorsitzenden Mike Josef forderte den Senat auf, die Verfassungsklage der Studierenden zu unterstützen. Nach heftigem Einschreiten von Senatsmitglied Herrn Prof. Puhle konnte allerdings sogar durchgesetzt werden, dass nicht nur die studentische Klage unterstützt wird, sondern auch die geplante Klage der Opposition gleich mit. „Diese starke Unterstützung des Senats sollte jedem Studierenden zeigen, wie wichtig das Verfahren für alle Studierenden und Mitarbeitern ist. Es wäre zu wünschen, dass viele Studierende dem klaren Votum des Senats folgten und somit die Klage mit ihrer Unterschrift zu unterstützen“, so Wender weiter.

<http://hessen.uebergebuehr.de>

Bleiberecht für Familie Denaj aus Serbien-Montenegro

FREIBURG. Die Freiburger Roma-Familie Denaj, die monatelang im Kirchenasyl unter großer Anteilnahme der Bevölkerung gegen eine drohende Abschiebung kämpfte, darf in Deutschland bleiben. Nach der Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge erteilte die Ausländerbehörde vergangene Woche eine Aufenthaltserlaubnis. Sie gilt zunächst für ein Jahr. Voraussetzung war, dass die 31-jährigen Eltern, die seit zehn Jahren in Deutschland leben, ihre fünf Kinder selbst ernähren können. Wenn sie die Bedingungen weiterhin erfüllen, kann die Erlaubnis um jeweils ein weiteres Jahr verlängert und nach fünf Jahren unbefristet erteilt werden. taz, 5.2.07, www.frsweb.de/littenweiler/denaj.htm



Kölner Flüchtlingsrat übt massive Kritik an der Umsetzung der Bleiberechtsregelung in der Stadt Köln

„Schärfer als der Erlass erlaubt“

KÖLN. Die Innenministerkonferenz (IMK) beschloss am 17.11. 2006 eine Bleiberechtsregelung für ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige, die faktisch wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind. Das Innenministerium NRW setzte mit Erlass vom 11.12.2006 den Beschluss um und wies die Ausländerbehörden des Landes an, Aufenthalterlaubnisse nach § 23 Abs. 1 AufenthG bzw. die Verlängerung von Duldungen nach § 60 a Abs. 1 AufenthG unter bestimmten Voraussetzungen zu erteilen. Sowohl der IMK-Beschluss als auch der Erlass des Landes wird – zu Recht – heftig kritisiert: denn nur wenige Flüchtlinge können die Voraussetzungen erfüllen und ein Bleiberecht erhalten.

Resolution des Kölner Stadtrates

Der Rat der Stadt Köln hat sich in seiner Sitzung am 14.12.2006 mit „Bleiberechten für geduldete Menschen in Köln“ befasst und mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen. Eine Resolution allerdings, die man verschiedenartig bewerten kann. Immerhin fordert darin der Stadtrat die Verwaltung bzw. die städtischen Vertretungen in der

ARGE u. a. dazu auf, „alle Möglichkeiten zu nutzen, um den langjährig Geduldeten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern“ und „die Regelungen der Innenministerkonferenz im Sinne der Betroffenen auszulegen.“

Als Kölner Flüchtlingsrat müssen wir jedoch erkennen, dass die Umsetzung der Bleiberechtsregelung durch die Kölner Stadtverwaltung über die bereits restriktiven Anforderungen des NRW-Erlasses in vielen Punkten hinausgeht. Die Verwaltung nimmt auch ganz offensichtlich die Ratsresolution nicht ernst und verstößt insbesondere gegen die beiden zitierten Kernaussagen. Auch fanden gemeinsame und ergebnisoffene Gespräche mit den Verbänden und freien Trägern der Flüchtlingsarbeit bisher nicht statt.

Restriktive Umsetzung der Bleiberechts-regelung

Der Flüchtlingsrat hat bereits Mitte Dezember Vorschläge eingereicht, den NRW-Erlass im Sinne der Flüchtlinge auszulegen. Im sogenannten Prüfbogen der Ausländerbehörde findet sich davon aber gar nichts. Im Gegenteil gibt es hier sogar eine Verschärfung beim Nachweis

des regelmäßigen Schulbesuches der Kinder: so soll zusätzlich zu Zeugnissen und Schulbescheinigungen eine positive Schulabschlussprognose verlangt werden. Im NRW-Erlass wird das aber gar nicht verlangt. Aus guten Gründen. Denn es ist eine Binsenweisheit, dass sich Leistungen von Schülerinnen und Schüler auch kurzfristig ändern können.

Unverhältnismäßige Integrations-vereinbarung

Völlig unangemessen und aus unserer Sicht zum Teil rechtswidrig ist jedoch die sogenannte Integrationsvereinbarung, die – obwohl der NRW-Erlass eine solche gar nicht vorsieht – die Ausländerbehörde mit jeder / jedem Begünstigten abschließen will. Sie sieht zum Beispiel vor, dass bereits zwei- oder dreimaliges unentschuldigtes Fehlen von Kindern in – städtischen – Kindergärten zu Lasten des möglichen Bleiberechtigten geht. Der NRW-Erlass sieht dagegen nur den regelmäßigen Besuch der Kinder in Kindergärten bzw. Schulen vor. Eine entsprechende „Fehlzeitenregelung“ sieht die Vereinbarung auch hinsichtlich des Schulbesuchs der Kinder vor. Die Kölner Regelung ist hier völlig unverhältnismäßig.

Unverständlich ist außerdem, warum die Kinder nach dem Wortlaut der Integrationsvereinbarung nur städtische Kindergärten besuchen sollen. Was ist zum Beispiel mit kirchlichen Trägern?

27. Januar 2007: Gegen die Ausgrenzung und Verfolgung von „Asozialen“

KÖLN. Alle Sitzplätze besetzt und viele Menschen, die in den Gängen und an den Wänden standen: so gut gefüllt, ja überfüllt, wie am frühen Abend des 27. Januar war die evangelische Antoniterkirche an der Schildergasse vermutlich seit langem nicht mehr gewesen. Hunderte junge und alte Kölner(innen) hatten sich auf Einladung eines breiten Bündnisses am 63. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee versammelt, um der Opfer des Naziterrors zu gedenken. Im Mittelpunkt der traditionellen Veranstaltung standen in diesem Jahr Menschen, die wegen ihres unangepassten Verhaltens als „Asoziale“ verfolgt und in vielen Fällen ermordet wurden.

In einer beeindruckenden und betroffen machenden Textcollage, die eine Arbeitsgruppe in Vorbereitung der Gedenkstunde erstellt hatte, stellten Schauspieler(innen) die Schicksale dreier Menschen aus Köln, von denen zwei die Nazidiktatur nicht überlebten, dar: Kleine Diebstähle oder selbst die Geburt eines nichtehelichen Kindes, verbunden vielleicht mit einem „liedlichen Lebenswandel“, konnten ausreichen, um verhaftet, zwangsweise sterilisiert (wegen „anlagebedingter und da-

her nicht besserungsfähiger Geisteshaltung“) und in einem Konzentrationslager ums Leben gebracht zu werden. Und selbst nach der Befreiung vom Faschismus konnte es überlebenden Betroffenen geschehen, dass sie für das erlittene Unrecht nicht nur keine Entschädigung erhielten, sondern weiterhin diskriminiert wurden.

Paul Brune, von den Nazis verfolgter und nach 1945 weiterhin zwangspychiatrisierter Zeitzeuge machte in einem überaus emotionalen Beitrag auch auf das mörderische Schicksal der sogenannten „Rheinlandbastarde“ aufmerksam: Diese Kinder farbiger französischer Soldaten und deutscher Mütter wurden verfolgt und häufig ermordet. Ihr Martyrium ist bis heute weitgehend unbekannt. Die musikalische Begleitung der Feierstunde hatte dankenswerter- und zum Thema passenderweise das „Menschen Symphonieorchester“, eine Gruppe von wohnungslosen Musikern (in-nen) übernommen.

Nach einer guten Stunde endete die Veranstaltung mit einer Demonstration zum Bahnhofsvorplatz. Dieser Platz hatte als Ort der Abschlusskundgebung mehr als nur symbolische Bedeutung: Zum einen fanden dort in der Zeit des

Faschismus häufig Razzien statt, zum anderen hatte die Initiative „Bahn erinnern“ unter großem persönlichen Einsatz einen alten Güterwagen, vom Typ der Wagen, die auch zur Deportation von Menschen eingesetzt wurden, für eine Woche vor dem Hauptbahnhof aufstellen können. Auf den Stufen dieses Wagons berichtete die Zeitzeugin Tamar Dreifuss von ihrem Leidensweg und die Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpens appellierte an die Teilnehmer(in-nen) der Kundgebung, nie mehr die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen zuzulassen. Auch für diese Mahnung war der Platz im Schatten des Doms mehr als angemessen: Vor gar nicht langer Zeit hatte der prominente Kölner CDU-Politiker Lemper von den dort lagernden Punks als „Pack“ gesprochen, die es zu vertreiben gelte. Und im Bahnhof, der nach dem Willen der Bahn AG in erster Linie dem Konsum dienen soll, werden schon lange keine Obdachlosen mehr geduldet. Wie hatte ein von Wohnungslosigkeit offenbar selbst betroffener Demonstrant sehr passend auf seinem Umhängeschild formuliert: „Die schlimmsten Asozialen sind die Saubermänner“!tri
Aus: Lokalberichte Köln 3/2007



Nach der Integrationsvereinbarung ist die Stadt Köln bereits bei Anklage wegen einer Straftat zur Kündigung der Integrationsvereinbarung berechtigt.

Ausschlussgründe der Bleiberechtsregelung nach dem NRW-Erlass sind dagegen Verurteilungen ab einem bestimmten Strafmaß, nicht bloße Anklageerhebungen. Bis zu einer eventuellen Verurteilung sollte auch hier zunächst die Unschuldsvermutung gelten. Die Entscheidung über den Aufenthaltstitel kann bei anhängigen Verfahren zwar ausgesetzt, aber nicht negativ getroffen werden.

Grundsätzlich führen nach der Integrationsvereinbarung alle Verstöße gegen die Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes, der Integrationsvereinbarung und des IMK-Beschlusses zum Erlöschen der Aufenthaltserlaubnis bzw. der Duldung.

Ein derartiges Erlöschen ist aber im IMK-Beschluss gar nicht vorgesehen und der NRW-Erlass sieht dagegen vor, dass Verurteilungen bis zu 90 Tagessätzen wegen Verstößen gegen das Ausländerrecht unschädlich sind.

Schließlich ist auch die Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme an Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen („Zwangsbberatung“) mit dem Grundsatz der Freiwilligkeit der Inanspruchnahme von Beratungen nicht vereinbar und darüber hinaus auch im Erlass nicht vorgesehen.

Das Kölner Ausländeramt zeigt sich bei der Integrationsvereinbarung vor allem als Ordnungsbehörde. Handlungsspielräume werden in weiten Teilen nicht für, sondern gegen die Betroffenen ausgenutzt. Das ist nicht Sinn und Zweck der Bleiberechtsregelung und entspricht auch nicht der Stadtratsresolution vom 14.12.2006.

Bürokratisches Monster „Sprachtest“

Die Ausländerbehörde hat zudem einen Sprachtest entwickelt, der „als Grundlage für die Überprüfung der Sprachkenntnisse des Bleiberechtskandidaten dienen soll“ (Mitteilung der Verwaltung vom 3.1.2007 u. a. an den Integrationsrat). Der Sprachtest besteht aus vier inhaltlichen Teilen (Kontaktaufnahme/Vorstellung sowie Themen wie z. B. Freizeit, Wohnen, Arbeit), wird als Einzelinterview durchgeführt und nach einem detaillierten Punktesystem bewertet.

Gepunktet werden hierbei Ausdrucksfähigkeit, formale Richtigkeit sowie Aussprache und Intonation.

Der Flüchtlingsrat kritisiert hierbei insbesondere den enormen bürokratischen Aufwand für die Durchführung des Tests und verweist stattdessen auf Ziffer 1.1.6 des NRW-Erlasses, in dem es u. a. heißt: „Diese Sprachkenntnisse gelten in der Regel als nachgewiesen, wenn der Ausländer bereits in der Vergangenheit einfache Gespräche bei der Ausländerbehörde ohne Zuhilfenahme eines Dolmetschers führen konnte oder mehrere Jahre eine deutsche Schule besucht oder eine Berufsausbildung im Bundesgebiet abgeschlossen hat oder bereits entsprechend aussagekräftige Bescheinigungen, z. B. einer Volkshochschule o. ä., vorliegen. Sind die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache anhand dieser oder ähnlicher Kriterien nicht hinreichend nachgewiesen, hat die Ausländerbehörde mit dem Ausländer ein kurzes Informationsgespräch zu führen und festzustellen, ob er sich in einfachen, routinemäßigen Situationen verständigen kann.“

Ein aufwendiger Sprachtest ist im Regelfall also völlig unnötig und sollte – wenn überhaupt – nur in begründeten Ausnahmefällen durchgeführt werden.

Vorgesehen ist auch, dass die Sprachtests von Verbänden und freien Trägern durchgeführt werden können. Hierfür werden diese aber nicht finanziell entschädigt: die Flüchtlinge sollen für „ihren“ Sprachtest auch noch selber zahlen.

Kaum Initiativen für den erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge mit „Duldung“

Der Flüchtlingsrat fordert mehr Initiativen der Stadt, Flüchtlinge mit „Duldung“ in Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. In Köln sollen rd. 2.100 „geduldete“ Flüchtlinge die Voraussetzung der Aufenthaltsdauer von 6 bzw. 8 Jahren erfüllen. Viele sind vollständig integriert, aber ohne Arbeit.

Nach Auffassung des Flüchtlingsrates muss hier die Stadt ansetzen und gezielt qualifizierende Maßnahmen zur beruflichen Integration für diese Menschen anbieten, um in Beschäftigungsoder Ausbildungsverhältnisse zu vermitteln.

Solche Maßnahmen wären kostenneutral, da das Land NRW Zuschüsse für potentiell Bleibeberechtigte an die Kommunen gewährt. Es sollte sich langsam herumgesprochen haben, dass es nicht zuletzt aus finanziellen Gründen im Interesse der Stadt Köln ist, möglichst viele begünstigte Personen mit Duldung in Beschäftigungen zu vermitteln und ihnen ein Bleiberecht einzuräumen. Alles andere wäre viel zu kurz-sichtig gedacht und mit hohen Folgekosten verbunden!

Darüber hinaus sollten geduldete Flüchtlinge, die die Voraussetzungen

Hamburger Appell

Keine Abschiebungen von Familien nach Afghanistan!

Als bisher einziges Bundesland will der Hamburger Senat Familien nach Afghanistan abschieben. In ein Land, in dem der Krieg sich ausweitet, tausende Zivilisten allein in diesem Jahr getötet wurden, die Abgeschobenen keine Wohnung finden, keine Arbeit, keine medizinische Versorgung erhalten, junge Menschen in vielen Landesteilen keine Aussicht auf Schulunterricht und Ausbildung haben und die Rechte von Frauen oft und an vielen Orten mit Füßen getreten werden: Abschiebungen von Familien nach Afghanistan bedeuten zur Zeit Abschiebung in ein Leben ohne Zukunft, für viele sogar in den Tod!

Das Vorgehen des Senats ist empörend. Hamburg, das sich seiner Weltoffenheit röhmt, muss bedrohten Menschen Schutz bieten. Wir wissen uns mit der großen Mehrheit der Hamburger Bevölkerung einig in der Forderung: Keine Abschiebungen von Familien nach Afghanistan!

Erstunterzeichnerinnen: **Prof. Dr. Norman Paech**, MdB DIE LINKE, Außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages **Niels Annen**, MdB SPD, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Bundestages **Anja Hajduk**, MdB Bündnis 90/Die Grünen, GAL-Landesvorsitzende, Haushaltspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen **Krista Sager**, MdB Bündnis 90/Die Grünen, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen **Wolfgang Rose**, Landesbezirksleiter der Gewerkschaft ver.di in Hamburg **Fanny Dethloff**, Pastorin und Vorsitzende der BAG Asyl in der Kirche

Wer den Hamburger Appell unterstützen will, kann eine Mitteilung schicken an:
norman.paech@wk.bundestag.de

des NRW-Erlasses erfüllen, systematisch beraten werden, sich bei der Arbeitsagentur als arbeitssuchend registrieren zu lassen, um auch von dort in offene Stellen vermittelt werden zu können. Diese Möglichkeit hat die Bundesarbeitsagentur erst Ende Dezember neu geschaffen.

Den Flüchtlingen sollte ferner eine ausländerrechtliche Bescheinigung zur Vorlage bei Arbeitsgebern erteilt werden, um sie über die beabsichtigte Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu informieren und somit die Aufnahme einer Beschäftigung zu erleichtern. Die meisten Arbeitgeber sehen nämlich nur die „Duldung“ – und winken ab.

Die Zeit drängt, da die Betroffenen bis Ende September die vollständige Sicherung des Lebensunterhaltes nachweisen müssen.

Anstelle von Drohgebärdens, ordnungsrechtlichen Einschränkungen und weiteren Restriktionen ist wirkliche Hilfe für die Menschen mit „Duldung“ im Sinne des Stadtratsbeschlusses erforderlich.

Claus-Ulrich Prölß, Kölner Flüchtlingsrat
Aus: Lokalberichte Köln 3/2007

Nach dem „Nichts-geht-mehr“ – geht plötzlich doch eine ganze Menge

FREIBURG. Nachdem der OB noch vor zwei Monaten erklärt hatte, es gäbe keinen „Plan B“ für einen genehmigungsfähigen Haushalt, legten er und Erster Bürgermeister Neideck gestern dem Gemeinderat Eckdaten für einen genehmigungsfähigen Haushalt vor. Aus dem immer wieder behaupteten 50-70 Mio. Loch für die nächsten 2 Jahre ist ein ausgeliener Haushalt ohne Nettokreditaufnahme geworden, der auch anlaufende Investitionsmaßnahmen bei den Schulen ermöglicht. U.a. wird dies möglich, weil die Stadtbau, die es glücklicherweise noch gibt, in den nächsten zwei Jahren im Umfang ihrer Gewinnerwartungen städtische Grundstücke kaufen kann.

Erfreulich ist, daß die städtischen Schulden von rund 320 Mio. Euro um die 2004 und 2005 aufgelaufene Neuverschuldung in Höhe von rund 12 Mio. Euro verringert werden kann. Die UL vermisst aber ein langfristiges Konzept für den Abbau des viel strapazierten „strukturellen Defizits“. Die UL hat mehrfach u.a. vorgeschlagen, Grund- und Gewerbesteuer um jeweils 10% zu erhöhen. Die dadurch zu erzielenden Mehreinnahmen würden dem städtischen Haushalt rund 6 Mio. Euro/Jahr

mehr Einnahmen bringen als die von der Verwaltung jetzt vorgeschlagene – überhöhte – Steigerung der Grundsteuer um gleich 20% bei Beibehaltung des Hebesatzes der Gewerbesteuer. Die UL sieht sich in der lokalen Entwicklung der Gewerbesteuer und den vielfältigen Investitionsmaßnahmen von Banken und Industrie darin bestätigt, daß eine 10% Erhöhung der Gewerbesteuer überfällig ist.

Die UL lehnt die vorgesehene weitere Kürzung der Zuschüsse an Sportvereine und Kultur- wie Sozialeinrichtungen ab. Die damit verbundene Einsparung bis 2010 um 1,6 Mio. Euro zerstört nachhaltig wichtige Strukturen in der Stadt und ist für weitaus höhere Folgekosten im sozialen Bereich verantwortlich. Stattdessen fordert die UL den Verwaltungsrat der Sparkasse auf, die gesetzlich vorgesehene 25% Gewinnentnahme zugunsten der Träger zu beschließen, was der Stadt nach derzeitigem Stand bis 2010 mindestens Mehreinnahmen von rund 2 Mio. Euro bringen würde. Das ist mehr, als man allen Gruppen in der Stadt bis 2010 kürzen will.

*Michael Moos, Fraktionsvorsitzender
Unabhängige Listen*

Kommunale Politik

Anträge der Ratsfraktion: DUISBURG. Zum 22.2.07 hat die Ratsfraktion der Linke. Offene Liste mehrere Anträge gestellt:

- **Erstattung „angemessener“ Heizkosten für ALG II-Empfänger nach SGB II § 22 (1) und für Sozialhilfeempfänger durch das SGB XII, § 29 (3):** Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Erstattung der „angemessenen“ Heizkosten so zu verfahren, dass der aktuellen Rechtssprechung der Sozialgerichte entsprochen wird und somit von der Pauschalierung der Heizkosten abgesehen und die tatsächlichen Heizkosten übernommen werden. Grundsätzlich sind demzufolge auch die tatsächlich zu zahlenden Heizkosten als angemessen anzusehen und zu übernehmen, solange nicht konkrete Hinweise auf unwirtschaftliches Heizverhalten vorliegen.
- **Erhöhung der festgelegten Pauschale für Wohnnebenkosten aufgrund der Erhöhung der städtischen Gebühren sowie der Mehrwertsteuer:** Nach dem Beschuß des Rates wurden die Gebühren für Schmutzwasser um 7,7 %, für Niederschlagwasser um 8,6 % und für die Abfallentsorgung um 9,5 % erhöht. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3%-Punkte wirken sich auf die Wohnnebenkosten aus. Aus diesen Gründen sind die zur Zeit festgelegten Miethöchstgrenzen inkl. Nebenkosten nicht mehr haltbar.

- **Sozialtarif:** Die Verwaltung verhandelt mit den Stadtwerken über die Einrichtung eines „Sozialtarifs“ für Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere LeistungsempfängerInnen und erarbeitet einen Verfahrensvorschlag für die Antragsstellung, Orientierungshilfen für die Verbraucher und über die Wege der Information. Seit den Hartz-Reformen zum 1.1.05 liegt durch die bisherige Regelung eine Unterdeckung bei der Erstattung der Haushaltsstromkosten vor, die von den Leistungsempfängern aus dem übrigen Budget innerhalb des Regelsatzes finanziert werden muß. Das Energieversorgungsunternehmen E.ON Bayern bietet seit dem 1. September 06 im Rahmen eines einjährigen Modellprojektes 10.000 Kunden mit geringem Einkommen einen ermäßigten Stromtarif an. Dieser Sozialrabatt gewährt eine Ermäßigung von 9 Euro auf die monatliche Grundgebühr, die bei der Jahresabrechnung verrechnet wird. Das Angebot ist gleichzeitig an eine Energie- und Stromsparberatung gekoppelt, die den Kunden Sparpotentiale aufzeigen soll. Die Antragsabwicklung erfolgt über die „Caritas“ und die „Diakonie“, die als Kooperationspartner gewonnen wurden. www.dielinke-nrw.de

Aufteilung der Grundsteuer nach Grundstücksarten (Stand 31.12.2005)

Grundstücksart	Anzahl	Jahresaufkommen in Euro
Mietwohnungsgrundstücke	4.883	6.676.982
Gemischt genutzte Grundstücke	1.841	2.732.139
Geschäftsgrundstücke	3.460	12.186.723
Einfamilienhäuser/Wohnungseigentum	43.596	10.560.426
Zweifamilienhäuser	3.900	2.123.988
Sonstig bebaute Grundstücke	4.639	292.823
Unbebaute Grundstücke	2.688	564.835
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	323	232.041
Stückländerien	2.632	81.417
Summe (Grundsteuer A und B)	67.962	35.451.374

Quelle: Stadtkämmererei, Stand: Januar 2007

Nach dem Bürgerentscheid gegen den Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft im vergangenen November erklärte der Freiburger Oberbürgermeister Salomon (Grüne) zunächst, jetzt breche eine harte Zeit an, allerleistadtische Leistungen müssten gekürzt werden (wir berichteten).

Inzwischen hat die Stadtverwaltung einen Haushaltsentwurf für 2007/2008 vorgelegt. Für eine gewisse Entspannung sorgen die unerwartet hohen Einnahmen aus Gewerbesteuern und vor allem aus den Finanzzuweisungen des Landes (die auf die anziehende Konjunktur zurückgehen). Dennoch, so der OB und der Kämmerer, würden die Mittel nicht ausreichen, um die dringend nötigen Sanierungen der Freiburger Schulen zu finanzieren. Daher soll die Grundsteuer von 500 auf 600 Punkte angehoben

werden und die daraus resultierenden Mehreinnahmen ausschließlich für diesen Zweck verwendet werden – OB Salomon greift damit einen Vorschlag der Bürgerinitiativen auf. Interessant ist die Tabelle, die die Stadtkämmererei im Haushaltsentwurf dazu veröffentlicht. Danach trägt die Hauptlast einer Grundsteuererhöhung die Freiburger Geschäftswelt sowie die Eigenheimbesitzer, die Grundstückseigentümer mit Mietwohnungen tragen nur zu weniger als 20% zur gesamten Grundsteuer bei – eine Tatze, auf die die Linke Liste schon vor einiger Zeit hinwiesen hatte.

Einen „Bürgerhaushalt“, wie ihn die Bürgerinitiativen und die Linke Liste verlangen, will der OB dann beim nächsten Doppelhaushalt vorlegen. Man darf gespannt sein, wie lernfähig der OB noch ist. alk

Die Linke gegen Streichliste. KÖLN. Das Kienbaumgutachten wird seit Ende Dezember in Köln heftig diskutiert. Ein großer Teil zielt darauf ab, bis 2010 städtische Stellen zu streichen und Dienstleistungen zu reduzieren, aber auch soziale Leistungen zu kappen. Die Fraktion Die Linke.Köln hat in der Öffentlichkeit gegen die Streichliste von 90 Mio. Euro protestiert. Auch wenn das Volumen des Kienbaumprogramms inzwischen auf 21,8 Mio. Euro bis 2010 (2007: ca. 7,7 Mio. Euro) verkleinert ist, sind die Personalkürzungen und die Kürzungen im sozialen Bereich nicht hinzunehmen. www.dielinke-nrw.de

Solidarität mit Engin Celik: FRANKFURT A.M. Die Fraktion DIE LINKE.WASG im Römer unterstützt die Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingsinitiativen, die sich augenblicklich für die Freilassung des bis vor Kurzem im Abschiebegefängnis in Offenbach, mittlerweile in der JVA Gießen einsitzenden kurdischen Künstlers Engin Celik einsetzen. Der wegen politischer Verfolgung 2003 aus der Türkei geflohene Engin Celik, hat in Deutschland Asyl beantragt. Obwohl er in der Türkei mehrfach verhaftet und gefoltert wurde und ihm bei einer Abschiebung akute Gefahr für Leib und Leben droht, ist sein Asylantrag abgelehnt worden. Am 7.1. wurde Herr Celik festgenommen. Aus Protest ist er am 15.1. in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Dazu die Stadtverordnete Yildiz Köremeli-Erkiner, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.WASG: „Engin Celik wurde 1993 durch den Krieg des türkischen Militärs gegen die kurdische Bevölkerung mit seiner Familie aus seiner Heimat vertrieben. Er lebte zunächst in Istanbul bevor er aus Angst vor erneuter Festnahme und Folter durch die türkische Polizei nach Deutschland floh. Es ist inhuman und kann keinesfalls hingenommen werden, dass er trotz der Gefahren, die ihm in der Türkei drohen, nun abgeschoben werden soll.“

www.dielinke.wasg-im-roemer.de

Antrag gegen rechtsradikale, ausländerfeindliche und antisemitische Tendenzen: FRANKFURT A.M. Bei seiner heutigen Sitzung ist der Magistrat einstimmig dem Antrag von Stadtrat Achim Kessler (DIE LINKE.WASG) gefolgt, klar und eindeutig Stellung zu beziehen gegen die Verunglimpfung von Menschen, die sich erfolglos um die Anerkennung als politisch Verfolgte bemüht haben. Der NPD-Vertreter in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hatte im Einleitungstext einer Anfrage Menschen, deren Antrag auf Anerkennung als politisch Verfolgte abgelehnt worden ist, als „gericht-

lich festgestellte Asylbetrüger“ diffamiert. Der Magistrat bekräftigte mit seinem Beschluss, dass politisch Verfolgte auch weiterhin in der Stadt Frankfurt am Main Schutz und freundliche Aufnahme finden werden.

www.dielinke.wasg-im-roemer.de

Kreisreform: KIEL. Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) sieht in der geplanten Kreisreform eine „intellektuelle Missgeburt“. Die SSW-Sprecherin im Landtag, Anke Sporendonk meinte Mitte Januar: „Wenn die Pläne der Landesregierung umgesetzt würden, dann hätten wir in Schleswig-Holstein bald die größten Landkreise Deutschlands. Allein ein möglicher Nordkreis aus Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Flensburg würde 273 Gemeinden umfassen und der Abstand der Bürger zur Kreisstadt würde bis zu 85 Kilometer betragen.“ Inzwischen scheint die Entscheidung bis nach der Kommunalwahl 2008 verschoben. linx 02/07, www.sozialismus-jetzt.de

Bürgerentscheid gegen Verkauf ehemals städtischer Wohnungen: HEIDENHEIM. Am 11. März entscheiden die 36000 Wahlberechtigten, ob der Gemeinderatsbeschluss zum Verkauf der städtischen Anteile an der Grundstücks- und Baugesellschaft in Heidenheim (GBH) aufgehoben werden soll, der am 9. November mit der Mehrheit aus CDU und Freier Wählergemeinschaft gefasst worden war. Geplant ist der Komplettverkauf der GBH an die GAGFAH, einen jener als „Heuschrecken“ bezeichneten Wohnimmobilieninvestoren mit Sitz in Luxemburg. Der Verkauf der Anteile soll der Stadtkasse Einnahmen in Höhe von 40 Millionen Euro bescheren. Die Grünen, die Mehrheit der SPD-Fraktion und die beiden Gemeinderäte der DKP stimmten dagegen. Zwar befanden sich die 9000 Wohnungen der GBH zum Zeitpunkt des Verkaufs nicht mehr im direkten Besitz der Stadt, doch durch den 28,6-prozentigen Anteil, den die Kommune an dem Unternehmen noch hielt, konnte sie dessen Geschäftspolitik beeinflussen. Die SPD, die Grünen, die DKP, der Mieterverein und die IG Metall initiierten ein Bürgerbegehren. Innerhalb weniger Wochen wurden mit 4300 Unterschriften das Quorum von zehn Prozent der Wahlberechtigten deutlich übertroffen. Das Kommunalparlament machte am vergangenen Freitag den Weg frei für den Entscheid, indem er das Bürgerbegehren für zulässig erklärte. Falls rund 9000 Heidenheimer der Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 9.11. 2006 zustimmen, hat dies die Wirkung eines endgültigen Gemeinderatsbeschlusses. Ob damit der Verkauf der städtischen An-

teile rückgängig gemacht werden kann, ist nicht klar. OB Bernhard Ilg (CDU) stellt sich auf den Standpunkt, dass der Verkauf der städtischen Anteile rechtswirksam getätigten worden sei. Die Vertragsbindung würde auch durch einen Gemeinderatsbeschluss nicht beseitigt werden.

junge welt, 31.1.07

Hochtief übernimmt Rathaus: GLADBECK. Planung, Bau und Finanzierung des neuen Rathauses – das alles hat das Unternehmen übernommen. Vor allem aber ist Hochtief in den nächsten 25 Jahren für den Betrieb des Gebäudes zuständig. Jeden Monat 184.830 Euro hätte Gladbeck für ein eigenes Rathaus aufbringen müssen, wie zwei Unternehmensberatungen im Auftrag der Stadt errechnet haben. Der Stadtrat beschloss deshalb eine Ausschreibung. Von den vier Bewerbern setzte sich Hochtief durch: Das Unternehmen verlangt nur 147.000 Euro im Monat – plus Preissteigerungen im Zuge der Inflation. Im Preis inbegriffen ist neben den Baukosten der gesamte Betrieb des Rathauses. „Wir wollten uns auf unsere Kernaufgabe konzentrieren“, sagt Amtsleiter Bernhard Schlüter, der das Projekt von Seiten der Stadt betreut. Schließlich habe man in Gladbeck ein „modernes Staatsverständnis“. Für Hochtief ist das nur ein Anfang. „Wir sehen Gladbeck als wichtige Referenz“, sagt Schoen. Einen Vertrag wie dort könne der Konzern „jeder anderen Kommune in Deutschland als Standard-Produkt anbieten“. Bei der Raumplanung hat Hochtief sogar direkt in die Arbeit der Verwaltung eingegriffen. „Abteilungen, die zusammenarbeiten, haben wir zusammengelegt.“ Die Wege für Mitarbeiter und Bürger seien nun kürzer, was die Kosten senke. Generell würde Hochtief bei öffentlich-privaten Projekten aber gerne auch die Verantwortung für die IT-Systeme übernehmen. Ähnlich ist es bei der Besetzung von Stellen in der Verwaltung. „Wir würden gerne auch die Sekretariatsarbeiten erledigen“, sagt Schoen. Als Gewinn angestrebt werde die konzernübliche Eigenkapitalrendite von 14 Prozent. Aus Sicht der Stadt hat der private Investor einen Effizienzvorteil von 14 Prozent gegenüber einem Betrieb in öffentlicher Regie. – Der Gladbecker Architekt und Stadtplaner Luggenhölscher hatte demgegenüber das Projekt begutachtet mit dem Ergebnis: „Statt der in der offiziellen Bewertung des Projektes behaupteten Spareffekte von 14% durch PPP sind ganzheitlich betrachtet enorme Kostensteigerungen die Folge.“

www.nachdenkseiten.de; www.meinepolitik.de; spiegel-online 31.1.07
(Zusammenstellung: ulj)

IG-Metall-Aktionswoche gegen die Rente mit 67

STUTTGART. Zum Auftakt der bezirklichen Aktionswoche gegen die Rente mit 67 haben sich am 29. Januar über 6200 Personen an Veranstaltungen der IG Metall in Baden-Württemberg beteiligt.

IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann sprach von einem gelungenen Auftakt. „Die Proteste sind ein deutliches Signal in Richtung Berlin. Die Beschäftigten sagen ein deutliches Nein zur Rente mit 67, aber Ja zu flexiblen Ausstiegsmöglichkeiten.“

Die Kritik der Arbeitgeber an den Aktionen wies Hofmann als „unbegründet“ und „lächerlich“ zurück. Es sei schon eine Farce zu glauben, Demokratie höre am Werktor auf und beginne auch erst nach dem Schichtende. „Die Beschäftigten haben das Recht sich an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Wer ihnen das abspricht, hat ein merkwürdiges Demokratieverständnis“, so Hofmann.

Mit über 3500 Teilnehmern fand in Esslingen die größte Kundgebung statt (siehe nebenstehender Bericht). Es beteiligten sich u.a. die Beschäftigten von DaimlerChrysler, Index, Metabo, Eberspächer und Festo.

Weitere Informationsveranstaltungen und Kundgebungen gab es in Heidenheim (1000 Teilnehmer) und bei mtu in Friedrichshafen mit gut 1500 Teilnehmern.

Bereits in der letzten Woche haben etwa 1200 Beschäftigte bei Iveco in Ulm an einer Kundgebung teilgenommen, am 25. Januar versammelten sich über 700 Boschler in Bühl (Verwaltungsstelle Offenburg) zu einer Infoveranstaltung vor dem Tor, und erst am letzten Freitag sind über 1.000 Beschäftigte den Aufrufen gefolgt und zu öffentlichen Anhörungen nach Göppingen und Geislingen gekommen. Insgesamt haben sich also schon in der vergangenen Woche fast 3.500 Menschen an Aktionen der IG Metall im Bezirk beteiligt.

Für Dienstag, den Schwerpunkttag im Bezirk, sind weitere Aktionen u.a. in Aalen, Heidelberg, Ludwigsburg, Schwäbisch Hall, Stuttgart geplant.

PM IG Metall Baden-Württemberg



Eindrucksvoller Protest gegen Rente mit 67

ESSLINGEN. Gegen die Rente mit 67 und die Abschaffung der geförderten Altersteilzeit hatten verdi und IG Metall im Kreis Esslingen zu einer Kundgebung am 29. Januar aufgerufen. Etwa 2000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst und der Metallindustrie legten an diesem Tag um die Mittagszeit die Arbeit nieder und kamen auf den Esslinger Marktplatz. Der verdi-Vorsitzende Frank Bsirske kritisierte als Hauptredner Auswirkungen der geplanten Vorhaben: Verstärkte Altersarmut, weil Beschäftigte die längere Lebensarbeitszeit nicht aushalten können oder schon vorher arbeitslos und ohne Chance auf Wiedereinstellung auf die Rente zusteuer. 60% der deutschen Unternehmen hätten keine Beschäftigten über 50 Jahre mehr. An die Adresse von Bundestagsabgeordneten richtete er die Einladung, einmal hinter einem Müllwagen zu laufen und dann die Frage zu beantworten, ob eine solche Arbeit über Jahre und Jahrzehnte bis 67 möglich sei. An-

dererseits versperre die längere Lebensarbeitszeit jungen Leuten den Einstieg in die Arbeit. Für die Lösung der Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung könne man sich auf die steigende Produktivität stützen und müsse die Arbeitslosigkeit (mit den Beitragsausfällen für die Sozialversicherung) bekämpfen.

Großes Gewicht legte Bsirske auch auf einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro und nannte Beispiele für Lohndumping in Deutschland in der Größenordnung von 5 (Müllentsorgung) oder gar 3 Euro pro Stunde. Ein weiterer Aspekt seiner Kritik betraf Kranken- und Pflegeversicherung, wo auch eine Tendenz zur „Riesterisierung“ (im Sinne von Teilprivatisierung) geplant sei.

Insbesondere die Aussagen Bsirskes, die sich auf schwer erträgliche Arbeitsbedingungen und niedrige Arbeits- und Renteneinkommen bezogen, trafen bei den Zuhörern auf dem Marktplatz auf große Resonanz. rok

Auch Verdi mobilisiert Tausende für betrieblichen Proteste

STUTTGART, 30.1.2007. Mit mehreren tausend TeilnehmerInnen in Briefzentren, Abfallbetrieben, Jugendämtern, Telekom, Unis und Krankenhäusern erreichten heute die Proteste gegen die Rente mit 67 ihren ersten Höhepunkt. Allein in Stuttgart beteiligten sich über 2.000 Beschäftigte an betrieblichen Protestaktionen. Landesweit lief auch die Befragung zur Rente mit 67 an, bei der in über tausend Betrieben allein im ver.di Bereich, aber auch auf Straßen und Plätzen, die Menschen ihre Stimme gegen oder für die Rente mit 67 in Abstimmungssurnen werfen konnten. Im Vordergrund der Kritik auf vielen Veranstaltungen stand die negative Auswirkung auf den Arbeitsmarkt, die mit jeder Arbeitszeitverlängerung verbunden ist. Leidtragende werden vor allem Jugendliche sein, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt von vornherein verbarrikadiert werde. In einer Situation, in der das tatsächliche Renteneintrittsalter bei 60,3 liege und 38% der über 55-

jährigen keinen Job mehr hätten, sei die Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 ein Hohn, erklärte Landesleiterin Sybille Stamm auf einer Protestveranstaltung vor dem Stuttgarter Katharinenhospital. Die Gewählten betrieben Politik gegen den übergrößen Willen der WählerInnen. Wie weit sich die Politik vom Bürger entfernt habe, zeige sich an der empfindlichen Kritik an den Flugblattaktionen vieler ver.di Bezirke, in denen PolitikerInnen von CDU und SPD mit ihren Plädoyers für die Rente mit 67 zitiert werden. Wenn PolitikerInnen ein Problem damit haben, dass ihre Position zur Rente mit 67 öffentlich gemacht wird, dann, so Frau Stamm, sollten sie sich ein paar selbstkritische Fragen stellen. Angesichts der empörten Stimmung bei vielen Veranstaltungen könne kein Zweifel bestehen, dass sich die Proteste im Vorfeld der Bundestagsentscheidung noch deutlich verschärfen würden.

PM Verdi

„Der Teufel scheißt auf große Haufen“ – höchste Zeit, was dagegen zu tun!

STUTTGART, Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Krankenkassenbeiträge hat sich das Loch in unseren Geldbeuteln noch weiter vergrößert. Die Einkommensschere zwischen unten und oben, zwischen Unternehmensgewinnen und Arbeitnehmereinkommen ist so weit auseinander wie noch nie. Vor diesem Hintergrund beginnt jetzt die Lohntarifrunde 2007. Heute Nachmittag wird in der Versammlung der Vertrauensleute im Werk Untertürkheim über die Höhe der Tarifforderung diskutiert. Wir meinen: Es gibt keinen Grund zur Zurückhaltung, ganz im Gegenteil. Der Nachholbedarf ist riesig. Deshalb muss die Forderung, die aus dem Untertürkheimer Werk kommt, deutlich höher sein als die 6,5%-Forderung letztes Jahr! Die Zahlen sprechen für sich: seit Jahren sinken die Arbeitnehmereinkommen und folglich die Lohnstückkosten in Deutschland. Verglichen mit fast allen anderen Ländern der Europäischen Union (EU) ist Deutschland das Schlusslicht in der Lohnentwicklung. Die Unternehmer profitieren mit explodierenden Gewinnen, von ständigen Steuergeschenken durch die Regierung ganz zu schweigen!

Gegen die Umverteilung von oben nach unten angehen – auch für die Sozialsysteme!

Die Folgen für uns sind nicht nur direkt am Lohnzettel ablesbar. Denn auch die finanziellen Probleme der Sozialversicherungen sind mit verursacht durch den ständigen Rückgang der Masseneinkommen: sinkende Löhne führen dort zu sinkende Einnahmen. Die Unternehmer versuchen sich zusätzlich aus der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungen herauszustehlen und profitieren damit doppelt: Umver-

teilung von unten nach oben, wohin man auch schaut.

Was wir brauchen, müssen wir uns holen

Die Unternehmergrundhaltung heißt: wir sorgen für uns und unsere Profite – alles andere interessiert uns nicht. Davon können wir für die Tarifrunde nur lernen. Uns sollte vor allem anderen interessieren, was wir brauchen. Haben sich nicht alle Versprechungen der letzten 15 Jahre als Schwindel herausgestellt? Verzichten sollte Arbeitsplätze schaffen und sichern. Allein bei Daimler sind trotz Lohnverzichtsvereinbarungen bereits 10000 Arbeitsplätze vernichtet worden!

Fette Lohnforderung – mehr als begründet!

Wie die meisten andern Metaller haben wir bei Daimler allen Grund dazu. Im Januar 2006 wurden die Löhne um 2,79% gesenkt. Durch Anrechnung von Tariferhöhungen über viele Jahre mussten unsere KollegInnen unterm Strich auf über 12% Lohn verzichten. Berthold Huber, 2. Vorsitzender der IG Metall, hat am Montag der Tageszeitung „Die Welt“ gesagt, dass der „verteilungsneutrale“ Spielraum in dieser Tarifrunde bis 6,5% beträgt. Das bedeutet: 6,5% mehr könnten die Unternehmer locker zahlen, ohne dass auch nur ein einziger Cent umverteilt werden muss.

Ende der Bescheidenheit!

Nach jahrelanger Umverteilung zugunsten der Unternehmer kann und muss das jetzt umgekehrt werden! Wer sich mit 6,5% als Forderung begnügt, wird nicht bei Umverteilung zu unsren Gunsten landen. Eine deutlich höhere Lohnforderung ist angesagt!

„Alternative“, Betriebsratsopposition bei Daimler

Wirtschaftspresse

Maschinenbau-Arbeitgeber halten IG Metall-Forderung für unverkraftbar. FAZ, Di. 23.1.07. D. Brucklacher, Präsident des VDMA, kritisiert die Tarifforderungen die Automobilindustrie nach 8 bis 9,5% als „realitätsfremd“. „Wir können uns einen so hohen tabellenwirksamen Abschluss nicht erlauben.“ Zwar gehe es der Branche (mit einem erwarteten realen Produktionsplus von 4 %) insgesamt gut, doch treffe dies nicht auf alle Teilbereiche zu. Im Zusammenwirken mit einer moderaten Tarifpolitik seien im vergangenen Jahr 16 000 sozialversicherungspflichtige Stellen aufgebaut worden. „Eine Tarifpolitik, die dieses Vertrauen durch einen zu hohen oder in der Struktur falschen Abschluss gefährdet, würde einen mehr als nur kurzfristigen Schaden anrichten.“

Deutscher Güterkraftverkehr erhält Mautgebühren zurück. FAZ, Do. 25.1.07. Das Deutsche Transportgewerbe wird steuerlich insgesamt um rund 250 Millionen Euro entlastet, indem die KFZ-Steuer auf ein Mindestniveau gesenkt und ein Förderprogramm für die Anschaffung umweltfreundlicher Fahrzeuge aufgelegt wird. Die Europäische Kommission hat die nationale Unterstützung deutscher Spediteure als Ausgleich für die Lastwagenmaut zumindest zum Teil gebilligt.

Unternehmer drohen bei Mindestlöhnen mit Arbeitslosigkeit. FAZ, Mo. 29.1.07. Die Diskussion in der Bundesregierung um die gesetzliche Einführung von Mindestlöhnen oder auf Branchenebene begleitet der Verband Selbstständiger Unternehmer (ASU) mit Drohungen. P. Adenauer, Präsident der ASU, sagte: „Mindestlöhne bedeuten Mindestarbeitslosigkeit. Langzeitarbeitslosen bleibt damit der Zugang zum Arbeitsmarkt dauerhaft verwehrt. Ein Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche ist im Übrigen ein Trojanisches Pferd, denn damit wären mittelbar alle Branchen betroffen.“ Die Union dürfe hier keinen faulen Kompromiss eingehen.

Handel will Leistungsentgelt einführen. FAZ, Do. 1.2.07. Den 2,7 Mio. Handelsbeschäftigte sollen die Spätöffnungs- und Nachtzuschläge tariflich gestrichen und ihnen statt einer prozentualen Erhöhung nur eine variable Einmalzahlung gewährt werden, die nicht in die Gehaltstabelle eingeht und von wirtschaftlich schwachen Unternehmen gestrichen werden kann. „Von der materiellen Seite sehen wir Verteilungsspielräume kaum gegeben“ sagte R. Marschaus, tarifpolitischer Beirat des HDE. Weiter kündigt er an, auch der Handel wolle eine moderne, bundeseinheitliche Entgeltstruktur mit variablen Gehaltsbestandteilen einführen.

Presseauswertung: rst



Die Diskussion der Großen Tarifkommissions-Sitzung der IG Metall Baden-Württemberg am

25. Januar 2007 konzentrierte sich auf Einkommenserhöhungen zwischen 6,5 und 7 Prozent. Die Tarifkommission empfiehlt dem Vorstand der Gewerkschaft, unter Berücksichtigung der Forderungsdebatte in allen Bezirken, diese Zahlen als Basis für eine konkrete Forderungsempfehlung zu nehmen.

Die IG Metall will in dieser Tarifrunde erstmals auch die Studenten an den Berufsakademien (BA) aktiv in die Aus-

einandersetzung einbeziehen. Mit der Forderung, dass die Studiengebühren für BA-Studierende und vergleichbare Hochschulausbildungen von den Arbeitgebern getragen werden, will man ein deutliches Signal in Richtung Hochschulabsolventen senden.

Der Gewerkschaftsvorstand wird am 6. Februar voraussichtlich seine Forderungsempfehlung aussprechen. Die IG Metall Baden-Württemberg hat den endgültigen Forderungsbeschluss für den Bezirk für die Tarifkommissionssitzung am 22. Februar auf der Tagesordnung. Die ersten Verhandlungen im Südwesten sind für den 14. März geplant.

Die Linke in Bremen hat Mitte Januar ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaftswahl in Bremen und Bremerhaven im Mai aufgestellt. Spitzenkandidat ist das WASG-Mitglied Peter Erlanson. Auf Platz 2 folgt Klaus-Rainer Rupp und dann Monique Troedel. Die Liste umfasst 16 Kandidatinnen und Kandidaten in Bremen und fünf in Bremerhaven.

Vor vier Jahren hat die PDS 1,7% erreicht. Bei der Bundestagswahl 2005 brachte die gemeinsame Kandidatur 8,4%. Im Vorfeld gab es heftige Kontroversen mit der WASG. Wenn die Bremer Linken jetzt mit 7% rechnen, ist das recht blauäugig. Ein aktuelles Umfrageergebnis liegt derzeit nicht vor. Aktuelle Umfragen liegen für Hamburg und NRW vor. Dort liegt die Linke für Landeswahlen bei 4 bzw. 3 Prozent. Unter der Überschrift „Mit Karl Marx in die Bürgerschaft“ befasst sich auch die FAZ (5.5.2007) mit der Kandidatur: „Jetzt zweifeln viele in beiden Parteien, ob sie die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Ein Grund für die Zweifel war die frühere Zerstrittenheit zwischen den beiden Parteien und innerhalb der WASG, die indes nun überwunden oder zumindest übertüncht scheint.“

Am 3.2. tagte in Kassel die AG Sozialistische Linke in der Linkspartei.

Ulla Lötzer erklärte in einem Interview in der *Jungen Welt* am 5.5. auf die Frage: *Was will die Sozialistische Linke jetzt im Parteibildungsprozeß erreichen, um welche inhaltlichen und personellen Ziele geht es?* „In erster Linie wollen wir erreichen, daß sich die Sozialistische Linke als Strömung in dieser Partei mit ihren Positionen etabliert. Wir wollten heute den Anspruch anmelden, in verschiedenen Fragen die Programmdebatte mitzubestimmen und sie mit zu führen, z. B. bei der Klärung des Sozialismusbegriffs, in der Frage der Reformprogramme, beim Verhältnis von Partei und Bewegung, aber auch beim Thema Regierungsbeteiligung. Das war der Zweck der heutigen Debatte. Uli Maurer hat das schön formuliert: Bei allem Respekt vor Pluralismus und Strömung muß man um Klarheit kämpfen. In diesem Sinn werden wir um Mehrheiten in der Partei kämpfen.“

Schäuble verhindert mit seinen Bedrohungsszenarien Integration von Muslimen. Zu den am 5.2.07 veröffentlichten Äußerungen des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, die wachsende Zahl der Menschen in Deutschland, die zum Islam konvertieren, „habe durchaus etwas Bedrohliches“, erklärt der stellvertretende Fraktions-

vorsitzende und religionspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE., Bodo Ramelow:

Die Äußerungen des Innenministers verstärken einen Trend, zu dem leider auch einschlägige Stellen des EKD-Textes „Klarheit und gute Nachbarschaft“ vom November vergangenen Jahres beigetragen haben: Die muslimische Minderheit in Deutschland wird stereotypisiert und unter Generalverdacht gestellt.

Schäuble verstellt mit seinen Bedrohungsszenarien jegliche Chancen auf einen offenen und gleichberechtigten Dialog. Anstatt klar auf die Unterschiede zwischen Islam und Islanismus hinzuweisen, wird hier bewusst die Angst vor dem Islam als Sinnbild einer diffusen Gefahr geschürt. Richtig wäre, endlich deutlich zu sagen, dass es eine Mehrheit unter den Muslimen in Deutschland gibt, die die Werte des Grundgesetzes respektieren und schätzen. Egal ob man dabei vom Euro-Islam, von einem „aufgeklärten“ Islam oder einfach vom Islam in Deutschland spricht – es muss anerkannt werden: Der Großteil der hier lebenden Muslime hat es geschafft, die Werte des Islams mit den Werten des Grundgesetzes und der Aufklärung zu verbinden. Die einzige „Bedrohung“, die von diesen Menschen ausgeht, ist, dass sie unsere Kultur bereichern und an deren Weiterentwicklung teilhaben. Diese Muslime sind Bürger in der deutschen Gesellschaft. Dass es trotzdem einen Teil der muslimischen Minderheit gibt, deren Integration noch nicht gelungen ist, kann niemand bestreiten. Fraglich ist nur, ob durch das Gerede von „bedrohlichen Konvertiten“ nicht erst zur Entwicklung so genannter „Parallelgesellschaften“ beigetragen wird. Herr Schäuble betreibt Ausgrenzung anstatt Integration.

Es sind Islamisten, die das Konvertieren von Muslimen zum Christentum unter Strafe stellen, und es sind auch Islamisten, die dänische Flaggen verbrennen, weil sie die Meinungsfreiheit nicht achten und einen karikierten Propheten nicht ertragen. Wenn aber die deutsche Reaktion weiter in eine ähnlich Richtung geht, indem Lehrerinnen das Tragen des Kopftuches verboten und eine steigende Zahl von Konvertiten zum Islam „bedrohlich“ genannt wird, kann der Graben nur tiefer und die Verständigung nur schwieriger werden. Offenheit ohne Blauäugigkeit ist gefordert.

Jede Form von religiösem Fundamentalismus, die sich intolerant und bevormundend gibt, ist abzulehnen, denn die Freiheit des Glaubens ist unverletzlich – so garantiert es das Grundgesetz. Um diese Freiheit zu ver-

teidigen, brauchen wir aber vor allem eins: Eine differenzierte Betrachtung.

„Wir können aus dem Stand regieren“ Interview mit der Linkspartei.PDS-Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser im Tagesspiegel vom 2.2.07 zur Krise der CDU und den Chancen für Rot-Rot in Brandenburg.

Die Krise der CDU führt zu neuen Spekulationen über Rot-Rot. Sehen Sie jetzt bessere Chancen? Solange die SPD meint, sozialdemokratische Politik besser mit der CDU machen zu können, steht Rot-Rot nicht auf der Tagesordnung. Es liegt also nicht an der CDU, sondern an der SPD.

Wo müsste sich die SPD denn bewegen? Zum Beispiel hin zu einer vernünftigen Arbeitsmarktpolitik statt jetzt gar keiner. Unser Programm für öffentlich finanzierte Beschäftigung könnte 5000 neue Jobs bringen. In der Bildungspolitik müssen soziale Barrieren abgebaut werden. Es gibt immer noch keinen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder von Arbeitslosen. ...

Also keine Koalition mit der SPD um jeden Preis? Die PDS steht nicht als Joker bereit, um den Koalitionsvertrag mit der CDU umzusetzen. Wer mit uns regieren will, muss eine andere Politik machen.

In der SPD befürchten manche, dass die CDU die Koalition vor der Landtagswahl 2009 platzen lässt, um eine bessere Ausgangslage im Wahlkampf zu haben. Stünden Sie dann zur Verfügung?

Wir stehen für eine alternative Politik bereit, aber es hängt natürlich auch vom Zeitpunkt ab. Die PDS wird nur in die Regierung gehen, wenn sie in der Lage ist zu gestalten. Das ist kurz vor einer Landtagswahl nicht mehr möglich. Selbst ein Jahr davor wäre schon zu spät. (...)

Manche bezweifeln, dass die PDS regierungsfähig ist.

Wir sind inhaltlich vorbereitet. Wir haben ein Leitbild, eine Strategie zur Landesentwicklung bis 2020. Wir sind keine Njet-Maschine. Wir haben Politiker, die etwas vom Fach verstehen. Die PDS ist gut aufgestellt. Wir können, wenn es sich ergibt, aus dem Stand mitregieren.

Die SPD hat im letzten Herbst für Afären gesorgt, die CDU zerlegt sich. Warum stagniert die PDS trotzdem in den Umfragen?

In der Mitte der Legislaturperiode ist das nach unseren Erfahrungen nicht ungewöhnlich. Die Ernte werden wir bei den kommenden Wahlen einfahren. Die PDS hat ein stabiles Wähler-Potenzial von etwa 25 Prozent, das geht mal etwas rauf, mal etwas runter.

Zusammenstellung: jöd

**Vortrag vor der
Internationalen Konferenz
„Dialog verbindet,
Solidarität stärkt“
Istanbul, 20.-21.1.2007**

Wege nach Europa

Von Norman Paech

Am 20./21. Januar fand in Istanbul auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der türkischen Nahrungsmittelgewerkschaft Gida-Is eine internationale Tagung statt von Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Menschenrechts-Aktivisten statt, auf der über die Rolle der Gewerkschaften im EU-Beitrittsprozess der Türkei und über die Konflikte im Mittleren Osten beraten wurde. Wir dokumentieren mit freundlicher Genehmigung des Verfassers im Folgenden den Beitrag des Bundestagsabgeordneten der Linkspartei.PDS, Prof. Norman Paech, auf dieser Tagung.

Ich möchte Ihnen einige Beobachtungen und Überlegungen vorstellen, die aus der Sicht eines Deutschen kommen, der grundsätzlich davon überzeugt ist, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei letztendlich zu einem Beitritt führen sollten. Danach sieht es allerdings heute, gut ein Jahr, nachdem die Verhandlungen am 3. Oktober 2005 begonnen haben, gar nicht aus. Die Diskussion innerhalb der EU-Staaten ist zunehmend kritischer geworden und auch früher noch eindeutige Befürworter eines Beitritts der Türkei rücken immer mehr von ihrer Position ab. Aber auch in der Türkei sind jene Stimmen lauter geworden, die das neoliberalen Fahrwasser der EU ablehnen und die versprochenen Vorteile eines Beitritts in Frage stellen. Ob Befürworter oder Gegner eines Beitritts der Türkei, letztlich hat die türkische Gesellschaft darüber zu entscheiden, ob und zu welchen Bedingungen sie einem Beitritt zustimmen will.

Der letzte Fortschrittsbericht der EU-Kommission bekräftigt zwar, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei weiter führen zu wollen. Er bescheinigt der Türkei „Fortschritte“, doch sei die Türkei „noch nicht allen Verpflichtungen nachgekommen“ (Kommission, Brüssel, den 29. November 2006). Dahinter stehen eine Vielzahl von Problemen, die je nach Aktualität und Anlass mit unterschiedlichem Gewicht mal hier und mal dort in den Vordergrund geschoben werden. Es ist eine Mischung von politischen, ökonomischen und ideologischen

Bedenken, von denen ich hier nur einige ansprechen möchte.

Der jüngste Stolperstein, der die derzeitigen Verhandlungen ins Stocken, wenn nicht zu Fall bringen könnte, heißt Zypern. Kern der Kritik der Kommission ist das von der Türkei bislang nicht ratifizierte Abkommen von Ankara, welches mit der Ausdehnung der Zollunion auf die 10 neuen Beitrittsländer, unter ihnen Zypern, eine faktische Anerkennung der Republik Zypern enthält. Die bisherige Weigerung der Türkei, dies zu tun, ist verständlich – beansprucht der türkische Norden Zyperns doch, wenn nicht Unabhängigkeit, so zumindest eine Gleichstellung gegenüber dem griechischen Teil Zyperns.

Hier hat sich die Europäische Union nun aber selbst eine Falle gestellt, aus der sie mit Hilfe einseitiger Forderungen an die Türkei herauszukommen versucht. Die Union hatte den Beitritt der griechischen Republik Zyperns für den 1. Mai 2004 beschlossen, ohne die Volksabstimmung zur Vereinigung beider Inselteile abzuwarten, wie es der Plan des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Kofi Annan vorsah. Während der überwiegende Teil der türkischen Zyprier dem Plan der politischen Gleichstellung beider Volksgruppen zustimmte, verweigerten die Inselgriechen diesen ebenso deutlich. Die EU hatte sich jedoch vor der Volksabstimmung für die Aufnahme der Republik Zypern entschlossen – die nun als Mitglied der EU jegliche Kompromissvorschläge für die Lösung des Problems behindern und blockieren kann. Man kann darüber streiten, ob die Aufnahme der Republik Zypern in die EU schlicht fahrlässig war oder mit einem strategischen Kalkül getroffen wurde. Das Resultat können wir in dem Bericht der Kommission nachlesen: Verhandlungen mit der Türkei ja, aber entweder unter Ausschluss sämtlicher Kapitel, die das Problem Zypern berühren, oder Verhandlungen in verlangsamtem Tempo mit der Aufforderung an die Türkei, sämtliche Häfen zu öffnen und die griechische Republik Zypern anzuerkennen.

Die Zypernfrage bedarf eine alle Seiten und vor allem die Bevölkerung befriedigende Lösung. Aber sie dient derzeit vor allem wohl auch jenen, die die Türkei aus ganz anderen Motiven nicht als Teil der EU sehen wollen, als ein offenbar willkommenes Argument, den Beitritt zusätzlich zu problematisieren. Die Zeitungen sind voll davon: Politiker, insbesondere der großen Volksparteien, versuchen uns zu überzeugen, dass die Türkei nicht zu Europa gehöre, weder kulturell noch politisch noch religiös. Unterstützung erhalten sie von einer Reihe renommierter Wissenschaftler und Historiker, die bescheinigen, der Türkei fehle es an jener „geistig-kulturellen Identität“, welche einen Staat erst im Kontext europäischer Werte de-

mokratiefähig mache. Von ihnen wird jede Anstrengung der Türkei, die an sie gestellten Anforderungen für den Beitritt zu erfüllen, als rein formale Demokratisierung identifiziert, die von oben der Gesellschaft übergestülpt werde, der jedoch der Geist fehle, der eine demokratische Gesellschaft ausmache.

Den Kern dieses Vorwurfs der Demokratieunfähigkeit suchen sie in der unterschiedlichen Geschichte. In einem Satz zusammengefasst lautet er: Während jener Teil Europas, der zum historischen Okzident gehörte, seinen Säkularisierungsprozess über Jahrhunderte vollzogen hat, sei die Trennung geistlicher und weltlicher Gewalt in der Türkei erst im 20. Jahrhundert mit autoritären Mitteln erfolgt. Diese unleugbare historische Differenz muss also dazu herhalten, um den christlichen Staaten eine kulturelle Kompetenz zur Demokratie zu bescheinigen, sie aber der weitgehend islamisch geprägten Türkei abzusprechen. Zum einen baut diese Konstruktion auf der These auf, dass nur der Weg einer nachholenden europäischen Aufklärung zur Demokratie führe. Eine These, die ebenso platt wie falsch ist und zudem den eigenen aktuellen Bemühungen der NATO-Staaten widerspricht, die Demokratisierung der Welt notfalls mit Militär und Krieg herbeizuführen. Zum anderen wird auf diese Weise eine gemeinsame europäische Kultur suggeriert, die es so nie gegeben hat.

Die Geschichte der einzelnen Mitgliedstaaten mag zwar über die gemeinsame christliche Identität sowie über die koloniale und imperiale Vergangenheit in ihren Kriegen gegeneinander wie in ihren Bündnissen enger miteinander verbunden sein als mit der Türkei. Für die Demokratie- und Integrationsfähigkeit lassen sich daraus allerdings für die Zukunft keine zuverlässigen Abgrenzungskriterien entwickeln.

Offensichtlich vergessen diese Vertreter einer historisch gewachsenen demokratischen Kultur, dass diese in den dreißiger Jahren in Deutschland vollkommen verloren ging und die Demokratie in Faschismus und Völkermord versank – trotz der europäischen Aufklärung. Ebenso muss man sich fragen, wie es möglich war, dass die Mitgliedstaaten Portugal und Spanien noch in den 1970er Jahren von katholischen Militärdiktaturen beherrscht wurden. Vergessen wird dann auch, dass das osmanische Reich die Koexistenz von Moslems, Juden und Christen garantieren konnte und die Türkei während des Nationalsozialismus deutschen Emigranten Zuflucht gewährte.

Nein, die Gründe der ablehnenden Haltung liegen wohl doch eher in der Vorstellung von Europa als einem christlichen Verbund, in den eine islamische Türkei nicht hinein gehört. Sie

haben von den Bemühungen insbesondere christdemokratischer Politiker gehört, in die europäische Verfassung einen Bezug zum christlichen Gott hinein zu nehmen. Ich kann nur sagen, Gott behüte uns vor einem derartigen Rückfall ins Mittelalter.

Zu dieser offensichtlich tief sitzenden prinzipiellen anti-islamischen Haltung, die wir mit dem Begriff der „Turkophobie“ (Türkenangst) bezeichnen, gesellen sich weitere Gründe, die sich gegen eine türkische Mitgliedschaft richten: Die Furcht vor millionenfacher Migration von Türkinnen und Türken in die anderen Mitgliedstaaten, die eine weitere Gefährdung der Arbeitsplätze der einheimischen Bevölkerung mit sich bringen könnte.

Für die französische Regierung spielt zweifellos eine Rolle, dass die Türkei mit der zweitgrößten Bevölkerung in der EU dann ebenfalls in der Besetzung der europäischen Gremien vor Frankreich rangieren würde. Auch die direkte Nachbarschaft der EU mit der Konfliktregion Nahost, in die sie durch den Beitritt der Türkei hineingerät, spielt eine Rolle für die stärker werdende Distanz zu den Beitrittsplänen.

Dieses sind nur einige der Argumente, die offensichtlich dazu dienen sollen, die Angst vor der Türkei als ein die Gemeinschaft gefährdendes Element zu schüren. Bei genauerer Betrachtung tragen diese Gründe nicht weit: Weder aus Portugal, Spanien, Irland, Griechenland noch aus Polen sind nach dem Beitritt massenhaft Arbeitnehmer in die anderen Mitgliedstaaten immigriert. Auch werden die Auseinandersetzungen um den Krieg im Irak, den Atomstreit mit dem Iran oder den Palästina-Konflikt durch eine EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht verschärft bzw. die EU-Staaten nicht mehr in sie hineingezogen als bisher. Es sind alles Phantasmagorien, aber ihnen wird in der politischen Diskussion ein reales Gewicht beigegeben.

Demgegenüber gibt es ganz zentrale Probleme, die meiner Ansicht nach Beachtung verdienen und die es gilt, bei der Haltung für oder gegen eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU kritisch zu betrachten. Die Grenze der Integrationsfähigkeit Europas und die ökonomischen Risiken gehören ebenso dazu, wie die noch unleugbaren Demokratiedefizite und Menschenrechtsprobleme und nicht zuletzt das ungelöste Problem der Kurden.

Ich will hier nur einige Fragen anschneiden, die insbesondere bei der Erfüllung der sog. Kopenhagener Kriterien eine entscheidende Rolle spielen werden.

Sie erinnern sich, es war lange umstritten, ob man dem Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Zollunion stattgeben sollte. Die zentralen Bedenken lagen bei der unbestreitbar katastrophal-

len Menschenrechtsbilanz dieses Landes. Doch letzten Endes setzte sich die Hoffnung durch, Rechtsstaat und Demokratie in der Türkei besser innerhalb der EU als außerhalb erreichen zu können. Vor gut elf Jahren gab der stellvertretende Stabschef der türkischen Streitkräfte, General Ahmet Çörkçi, die wahrscheinlich in der Armee weit verbreitete Ansicht öffentlich wieder: „Wir werden den Terrorismus besiegen, aber Demokratie und Menschenrechte behindern uns dabei“ (1. 7. 1995). Seitdem hat sich in der Türkei viel verändert, aber ich bin mir nicht sicher, ob diese antidemokratische Sicht nicht noch immer in einflussreichen Kreisen der Politik und des Militärs vorherrscht.

Die Änderungen des Antiterrorgesetzes werden mit Sorge betrachtet. Sie beinhalten Einschränkungen der Presse- und Medienfreiheit und ermöglichen Publikationsverbote für Zeitschriften und Verhaftungen von verantwortlichen Redakteuren und Eigentümern. Die jüngsten Prozesse gegen prominente

fassung nach in der Frage der Kurden und der demokratischen- und Menschenrechte die Türkei, die sich be wegen muss.

Bis heute ist das Leben der kurdischen Bevölkerung in der Türkei von Zerstörung, Vertreibung und Kriminalisierung geprägt. Die kurdische Kultur und Sprache wird faktisch immer noch nicht anerkannt. Die jetzt eingeräumte Möglichkeit, kurdische Sendungen in Rundfunk und Fernsehen zu bringen ist zwar ein Fortschritt, stellt aber noch lange keine befriedigende Berücksichtigung der kurdischen Sprache im öffentlichen Leben dar. Die türkische Verfassung schreibt in ihrer Präambel die „türkischen nationalen Interessen“, die „türkische Existenz“, den „Grundsatz der Unteilbarkeit von Staatsgebiet und Staatsvolk“ und „die geschichtlichen und ideellen Werte des Türkentums“ und des „Nationalismus“ fest. Sie leugnet damit die Existenz der zahlreichen anderen Ethnien und Kulturen in ihrem Land und verweigert damit konsequen-



Newroz in Kurdistan, 2006

und weniger prominente Schriftsteller und Journalisten, lassen sich mit den Standards der europäischen Grundrechtsgarantien nicht vereinbaren.

Die Europäische Sozialcharta wurde zwar am 27. September vergangenen Jahres von der Türkei ratifiziert, gleichzeitig wurden aber Vorbehalte geltend gemacht, z.B. zum Vereinigungsrecht, zum Recht auf Kollektivverhandlungen, zu Mindestjahresurlaub und Arbeitsentgelt und zu angemessenen Lebensstandards. Das lässt von der Sozialcharta in den Kernbereichen der Arbeitnehmerrechte nicht mehr viel übrig und dürfte von den europäischen Staaten kaum akzeptiert werden. Noch hat die Türkei vier Zusatzprotokolle zur Europäischen Menschenrechtskonvention nicht ratifiziert.

Während sich die Fragen der Integrationskraft und der ökonomischen Bedeutung nur schwer kalkulieren lassen und vor allem den Integrationswillen der EU voraussetzen, ist es meiner Auf-

terweise deren Anerkennung als ethnische Minderheiten und die sich daraus ableitenden Rechte.

Diese Politik steht in eindeutigem Widerspruch zum Recht auf Selbstbestimmung. Es hat seit seinem ersten Auftauchen in der Französischen Revolution einen langen Weg durch die Geschichte zurücklegen müssen, ehe es zum ersten Mal in Art. 1 Ziffer 2 und Art. 55 der UNO-Charta kodifiziert worden ist. Aber die ziemlich vage Erwähnung in unterschiedlichen Zusammenhängen ließen das Selbstbestimmungsrecht eher als Programmsatz denn als verpflichtendes Recht erscheinen. Dieses änderte sich erst mit dem Befreiungskampf der Völker gegen die überkommene Kolonialherrschaft: ihr juristischer Hebel war das Recht auf Selbstbestimmung.

Der entscheidende Schritt wurde am 14. Dezember 1960 getan, als die 15. UN-Generalversammlung die „Deklaration über die Unabhängigkeit der kolonia-



Massendemonstration gegen die Ermordung von Hrant Dink. In der Türkei wurden seit Gründung 53 Journalisten ermordet.

len Nationen und Völker“ mit der berühmten Resolution 1514 verabschiedete, in der es heißt: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Auf der Grundlage dieses Rechts bestimmen sie frei ihren politischen Status und verfolgen frei ihre ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung.“ Einige Jahre später, am 19. Dezember 1966, wurde diese Bestimmung an die Spitze der Artikel 1 beider Internationalen Pakte über die politischen und ökonomischen Rechte gestellt. Beide Pakte sind 1976 in Kraft getreten. Damit war das Selbstbestimmungsrecht nicht nur als kollektives Recht der Völker sondern auch als individuelles Menschenrecht anerkannt.

Das Recht auf Selbstbestimmung zielt auf die Wahrung der Identität des kurdischen Volkes und die Sicherung seiner Existenz in der Zukunft. Dieses muss alle bisher vorenthaltenen Rechte umfassen: die eigene Sprache, Erziehung, Ausbildung, Presse, Rundfunk, Fernsehen und Literatur. Die institutionelle Absicherung dieser Rechte durch soziale, politische wie finanzielle Förderung, aber auch die ungehinderte Gründung und Tätigkeit kultureller, sozialer und politischer Organisationen muss gewährleistet werden. Darüber hinaus gilt es, Finanzmittel für den Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, Ortschaften, Wohnungen, landwirtschaftlicher, gewerblicher und wirtschaftlicher Einrichtungen bereit zu stellen. Den über 3 Millionen Flüchtlingen muss die Rückkehr in ihre Heimatregion ermöglicht werden.

Das Selbstbestimmungsrecht schließt auch politische Freiheit mit ein. Diese beinhaltet sowohl den Aufbau einer Selbstverwaltung als auch die gleichberechtigte Teilhabe an den politischen Prozessen des Gesamtstaates, die Gründung von politischen Organisationen,

Parteien und Stiftungen sowie das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Eine parlamentarische 10%-Hürde für politische Parteien würde z.B. vor dem deutschen Verfassungsgericht keinen Bestand haben.

Die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung des kurdischen Volkes wäre ein Fortschritt nicht nur im Hinblick auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. Ich halte sie für das Kernproblem der türkischen Gesellschaft und entscheidend für die Zukunft einer politisch stabilen Türkei. Die kurdische Bewegung hat ihren Anspruch auf einen eigenen Staat aufgegeben und auf die Forderung nach Anerkennung der Identität und aller seiner Rechte in den Grenzen der Türkei beschränkt. Danach gibt es keinen politischen oder juristischen Grund mehr, ihr diese Rechte vorzuenthalten.

Viele kurdische Organisationen sehen in den Beitrittsverhandlungen die Chance, ihre Rechte endlich anerkannt zu bekommen. Und nimmt man die Kopenhagener Kriterien ernst, so ist diese

Hoffnung berechtigt. Dies aber den Verhandlungsparteien allein zu überlassen, wird nicht reichen. Der Beitrittsprozess ist nicht nur eine Angelegenheit der beiderseitigen Verhandlungsdelegationen, sondern der Völker selber. Sie geht uns, Gewerkschafter und Gewerkschaftrinnen, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Künstler und Künstlerinnen, Politiker und Politikerinnen gleichermaßen an, da sie unsere Zukunft mit bestimmt. Insbesondere sollte die Europäische Linke entsprechende Initiativen ergreifen, die darauf abzielen, die Frage der Menschenrechte und insbesondere die Rechte der Kurden und Kurden und anderen Minderheiten in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu rücken. So wie wir um eine Europäische Verfassung kämpfen, in der die Gebote der Solidarität und sozialen Rechte nicht durch die neoliberalen Diktate der Marktfreiheit und Konkurrenz verschüttet werden, sollten wir aktiv Partei für einen Erfolg der Beitrittsverhandlungen auf der gleichen Höhe der bisher erlangten Rechte ergreifen. Und wir sollten diesen Kampf gemeinsam mit der türkischen Linken, den türkischen Gewerkschaften und der türkischen Friedensbewegung führen.

Mord von Staats wegen

Orhan Pamuk weist der türkischen Regierung die Hauptshuld an der Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink zu

Knapp 1000 Menschen erwiesen am 29. Januar 2007 in Hamburg dem kürzlich in Istanbul erschossenen prominenten armenischen Chefredakteur der Wochenzeitung Agos die letzte Ehre. Einen Tag später wurde er unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit auf einem armenischen Friedhof in der Stadt am Bosporus beigesetzt: Mehr als 100.000 Menschen beteiligten sich daran, darunter auch Vertreter des türkischen und des armenischen Staates.



Demonstration in Hamburg, Bild: A.B.



Trauer ...

Unterdessen wurde der vermutliche Mörder, Ogün Samast, festgenommen, der die Tat bereits gestand. Obwohl die Frage nach dem Wer geklärt scheint, bleiben viele Fragen offen: In den Medien wird über etwaige Hintermänner spekuliert, für fortschrittliche Intellektuelle wie den Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk liegt die Verantwortung ganz eindeutig beim türkischen Staat sowie dessen nationalistischer Gesetzgebung, mit der seiner Ansicht nach kritische Stimmen wie Hrant Dink diffamiert, kriminalisiert und zur Zielscheibe politischer Fundamentalisten und religiöser Fanatiker gemacht werden.

Hrant Dink wurde 1954 im kurdischen Malatya in eine armenische Familie hinein geboren, die später nach Istanbul übersiedelte. Nach der Trennung seiner Eltern kam er dort in ein armenisches Waisenhaus, in dem er seine spätere Frau Rakel kennen lernte. Er studierte Philosophie und Zoologie und engagierte sich in linken Studentengruppen, nach dem Militärputsch 1980 wurde er deshalb mehrfach verhaftet.

Nach dem Studium leitete er mit Rakel ein Ferienheim, in dem die Istanbuler Waisenkinder viele herrliche Sommer verbracht hatten. Mitte der 80er Jahre wurde dieses Heim aus fadenscheinigen Gründen vom türkischen Staat konfisziert – wie damals viele christliche und armenische Besitztümer. So wurde Dink drastisch vor Augen geführt, was es heißt, in der Türkei einer Minderheit anzugehören.

Sein politischer Schwerpunkt verla-

gte sich deshalb auf die armenische Frage: Er gründete mit anderen zusammen die Wochenzeitung Agos, in der in zwei Sprachen – armenisch und türkisch – Tabuthemen aufgegriffen wurden. Dass Nicht-Muslime in dem angeblich säkularen Staat die höhere Beamtenlaufbahn verwehrt bleibt, scheint ein ungeschriebenes Gesetz in der Türkei. Dink traute sich, dies in Agos als sozialen Missstand und Ausgrenzung von Minderheiten anzuprangern. Er setzte sich außerdem u.a. Aleviten und Kurden sowie für die Rechte der Frauen ein.

Dink betonte stets, dass in der Region, in der einst etwa 2 Millionen Armenier lebten und heute gerade einmal 60.000 bis 80.000 übrig geblieben sind, die armenische Kultur völlig ausgemerzt und die Besitztümern fast vollständig enteignet wurden. „Wir sind stolz darauf, Türken zu sein“ ist die Staatsdoktrin, die allen Schulkindern, egal ob in armenischen Schulen in Istanbul oder im fernen Kurdistan eingetrichtert wird. Dink setzte

diesem Nationalismus ein egalitäres Menschenbild entgegen. Das brachte ihm internationale Anerkennung und mehrere Medienpreise ein: So wurde er z.B. 2006 in Hamburg mit dem Henry-Nannen-Preis für „sein Engagement der unterdrückten armenischen Minderheit in der Türkei“ sowie „seine Verdienste um die Pressefreiheit“ ausgezeichnet.

Sein wichtigstes Anliegen war die Aussöhnung der Armenier mit den Türken. Dazu gehörte für ihn, dass die Türkei endlich ihre historisch Verantwortung für die Massaker an den Armeniern übernehmen solle sowie die armenische Seite „ihr vergiftetes Blut reinige“, wie er es nannte. Das wurde von der Politik, den Medien und der breiten Öffentlichkeit genauso als Affront betrachtet wie die Verleihung des Literatur-Nobelpreises an Orhan Pamuk, der wie Dink öffentlich vom Völkermord an den Armeniern sprach, im Oktober 2006 und die zeitgleiche Entscheidung des Parlaments in Paris, die Leugnung dieses Genozids auf französischem Boden fortan unter Strafe zu stellen.

Beides heizte die nationalistische Stimmung ungemein an, die zudem durch den § 301 des türkischen Strafgesetzbuches genährt wird, mit dem die „Beleidigung des Türkentums“ unter Strafe gestellt wurde. Dieses Gesetz macht zum einen „das Türkentum“ zum Maß aller Dinge – zumindest in der Türkei – und ist zum anderen beliebig anwendbar. Jeder, der öffentlich die Poli-



... und Triumph. Auf Spiegel-online wird am 2.2. dieses Bild mit folgendem Text veröffentlicht: „Mehrere Medien veröffentlichten heute (2.1.) Bilder, die den 17 Jahre alten Ögun Samast mit einer türkischen Flagge an der Seite von Polizisten zeigen, einige von ihnen in Uniform. Der arbeitslose Jugendliche hat gestanden, am 19. Januar den armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink erschossen zu haben. Auf den Bildern steht er vor einem Plakat mit der Nationalflagge, auf der Worte des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk zu lesen sind: „Das Land der Nation ist heilig. Es darf nicht dem Schicksal überlassen werden.“ Auf dem Video ist eine Stimme zu hören, die fragt, ob der Spruch nicht direkt über den Kopf des Mordverdächtigen platziert werden könne.“

tik der türkischen Regierung kritisiert, kann aufgrund dessen juristisch verfolgt werden. Dink wie Pamuk wurden aufgrund dieses Maulkorberlasses mehrfach vor den Kadi gezehrt, gegen Dink waren noch drei Verfahren anhängig.

Der Nationalismus feiert fröhlich Urständ in der Türkei, und die Medien tun das Ihre, die Stimmung anzustacheln: Der Aufruf Dinks an die armenische Seite, ihr „vergiftetes Blut zu reinigen“, wurde in der Form überliefert, dass der armenische Journalist gesagt habe, er sei kein Türk, denn die hätten „vergiftetes Blut“. Das bekam eigenen Angaben zufolge Ogün Samast in Trabzon an der Schwarzmeerküste zu lesen.

Nun rätselt die gesamte türkische Republik, wie der arbeitslose, aus ärmlichen Verhältnissen stammende Samast sich eine Waffe sowie die Fahrt nach Istanbul leisten konnte, um „den Verräter“, wie er Dink nannte, umzubringen. Die Schlüsselfigur in diesem Drama ist indes offensichtlich nicht Samast, sondern ein Mann namens Yasin Halal, dem selbst die faschistische MHP – die Grauen Wölfe – noch zu zahm war und der einer Ideologie anhängt, die aus einem Gebräu von übelstem politischem und religiösem Fundamentalismus besteht. 2004 verübte er einen Anschlag auf die McDonalds-Filiale in Trabzon, um gegen die US-Besatzung im Irak zu protestieren, wie er vor Gericht angab. Obwohl er zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, kam er nach wenigen Monaten wieder frei. Seine Zeit soll er damit verbringen, Jugendliche militärisch auszubilden, u.a. Ogün Samast. Dem wurde die „ehrenvolle“ Aufgabe übertragen, Dink umzubringen.

Jugendliche für solche Attentate zu missbrauchen, ist sehr beliebt in der Türkei, auch bei familiären Ehrenmorden sind es oft die minderjährigen Söhne, die ihre Schwestern ermorden „dürfen“. Jugendliche haben ein wesentlich geringeres Strafmaß zu befürchten als Erwachsene, außerdem können sie sich so als der Familie oder einer Organisation „würdig“ erweisen, gewissermaßen eine Einführung ins Erwachsenenleben – eine sehr makabre Art von Männlichkeitsritus.

Unterdessen kritisierte Orhan Pamuk die türkische Regierung scharf. Laut „Spiegel-online“ sagte Pamuk, gegen Dink sei eine Kampagne in Gang gesetzt, der Journalist zum „Feind der Türken“ ausgerufen und zur Zielscheibe für den Mordanschlag gemacht worden. Ministerpräsident Tayip Recep Erdogan ordnete inzwischen Polizeischutz für alle diejenigen an, gegen die aufgrund des § 301 ermittelt wird. Mit dieser paradoxen Maßnahme will er offenbar der Geister Herr werden, die er selber rief.

*Birgit Gärtner,
aus: Lokalberichte Hamburg*

Leseempfehlung

Afrikanisches Fieber

Unsere angeblich globale Welt sei in Wahrheit in Planet, der aus vielen tausend grundverschiedenen Provinzen bestehe, die einander nie begegnen, schreibt der polnische Journalist Ryszard Kapuściński, der 1957 erstmals nach Afrika reiste und dann 40 Jahre lang immer wieder und insgesamt einige Jahre in den verschiedensten afrikanischen „Provinzen“ verbrachte. Oft falle es dem Zugereisten und dem Einheimischen schwer, eine gemeinsame Sprache zu finden, weil jeder eine eigene Optik verwendeten, wenn er dieselbe Gegend betrachte, der Zuwanderer ein Weitwinkelobjektiv, das ein verkleinertes Bild liefere, dafür aber eine weite Linie des Horizonts, während der einheimische Gesprächspartner stets ein Teleobjektiv oder gar Teleskop verwende, das die kleinsten Details vergrößert. Kapuściński gelingt es in seinen literarischen Reportagen aus und über „Afrika“ – das es in Wirklichkeit außer als geographischen Begriff nicht gebe, wie er im Vorwort zu „Afrikanisches Fieber“ schreibt –, beiden Optiken zur Gelung zu verhelfen.

Er wird von Neugier kreuz und quer über den Kontinent getrieben, sucht die Menschen auf, hört ihnen zu, schildert seine Beobachtungen des bunten täglichen Lebens und reflektiert dabei auch seine Position als „Weißer“, die ihn zum Repräsentanten Jahrhunderte langen Rassismus ebenso wie unerreichbaren Reichtums macht. Immer wieder wechselt er die Perspektive, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Verheerungen des Kolonialismus, die die Entwicklungsbedingungen der postkolonialen Ära prägen, und die immensen Widersprüche der tribalen Gesellschaften, die eine Lösung der gewaltigen Entwicklungsprobleme verhindern und die Gesellschaften in blutige Kriege treiben, die bis heute unser Bild von „Afrika“ beherrschen. Seine erste Reportage macht er 1958 aus Ghana, dem Land, das kurz zuvor als erstes in Afrika die Unabhängigkeit erkämpft hatte. In einer anderen Reportage beschreibt er die Umstände des Aufstiegs und des blutigen Regimes Idi Amins in Uganda, die unheilvolle Gemengelage von kolonialer Politik, der Entwurzelung afrikanischer Bauern, die millionenfach brüchige, unsichere Existenz hervorbringt, und tribalen Konflikte.

Lesenswert ist das Buch nicht zuletzt wegen der hier veröffentlichten „Vorlesung über Ruanda“, in der Kapuściński eine Deutung des Genozids von 1994 versucht, als binnen 100 Tagen bis zu einer Million Menschen, Tutsi und auch

oppositionelle Hutu, auf furchtbare Weise getötet wurden, ein Verbrechen, in das auf der anderen Seite Hunderttausende Menschen verstrickt waren. Kapuściński zeichnet die lange Vorgeschichte auf, den Konflikt zwischen den Besitzern von Rinderherden – den Tutu, 14% der Bevölkerung – und den Bauern – den Hutu, 85% der Bevölkerung. Dieser Konflikt war anders als in anderen afrikanischen Ländern nicht durch ethnische Gegensätze – Hutu und Tutsi gehören derselben Ethnie an –, sondern durch quasi feudale Gegensätze ge-



Kapuściński 1974 bei angolanischen Freiheitskämpfern in Namibia. Bild: <http://www.kapuscinski.hg.pl>

kennzeichnet. Er spitzte sich in der Mitte des letzten Jahrhunderts in Folge der Ausbreitung der Rinderherden und des Wachstums der Bevölkerung zu und wurde durch die belgischen Kolonialherren und ihre Politik des „Teile und herrsche“ systematisch verschärft. Gerade in Ruanda, schreibt Kapuściński, habe die Unabhängigkeitsbewegung die Form einer sozialen, antifeudalen Revolution angenommen, eine „Revolution“, die sich 1959 in einem Massaker entlud. Sie führte nicht zu Befreiung, sondern schuf ein Klima von Hass, Rache und vor allem Furcht vor Rache, die chauvinistische, „völkische“ Erzählungen schuf, die die Vernichtung der Tutsi legitimierten. In diesem Klima kam es in den folgenden Jahrzehnten, unter Beteiligung v.a. Frankreichs, zu immer neuen und immer furchtbareren Massakern bis schließlich zum Völkermord.

„Afrikanisches Fieber“ regt zu einem genauen, nicht romantisierenden, solidarischen Blick auf den afrikanischen Kontinent an.

Ryszard Kapuściński, der in Polen als „Journalist des Jahrhunderts“ geehrt wurde, starb am 23. Januar 74-jährig an den Folgen einer Herzoperation.

Christiane Schneider

Ryszard Kapuściński, Afrikanisches Fieber, Erfahrungen aus vierzig Jahren, München, September 2002 (2. Aufl.), 8,90 Euro

9./10. Februar. München. Gegen die Nato-Kriegstagung. Protestkundgebung am Freitag und Demonstration am Samstag gegen die Münchner Sicherheitskonferenz. Weiteres unter: www.muenchen-gegen-krieg.de.

Dienstag, 13. Februar. Hamburg. Wie sozial ist die Hafen-City? Im Januar und Februar wird die im November 2006 begonnene dritte Staffel der erfolgreichen Themenreihe des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes zur „Wachsenden Stadt“ Hamburg fortgesetzt. *13.2. Kreativ, menschlich, wachsend und / oder sozial? – Stadtentwicklungskonzepte für Hamburg in der Diskussion.* Diskussionsrunde mit Menschen aus GAL, SPD, CDU und Linkspartei.PDS. Jeweils Dienstag, 19 h, Universität Hamburg, Von-Melle-Park 9 / Raum S 7 / (Erdgeschoss).

16. bis 18. Februar 2007, Hamburg. Jahrestagung Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW): *Zukünftige Entwicklungen, Konflikte und Krisen: welche Alternativen, welche Präventionsmethoden?* 2007 ist das Jahr 15 nach der Weltkonferenz in Rio de Janeiro. Grund genug, nach Erfolgen und Hindernissen für Nachhaltigkeitspolitiken, wie sie dort vereinbart wurden, zu fragen. Die VDW möchte mit dem Programm der Jahrestagung 2007 einige zentrale Felder und Arenen künftiger Konflikte exemplarisch aufgreifen, analysieren und nach Wegen einer friedens- und nachhaltigkeitsorientierten, nichtmilitärischen Umgangsweise fragen. Dabei soll besonders die Rolle Europas betrachtet werden. Bitte melden Sie sich unter info@vdw-ev.de an. Rückfragen bei Reiner Braun, Geschäftsführer 0172-2317475.

17. Februar, Fulda. Arbeitsausschuss Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Beginn 11.15 Uhr

24./25. März, Dortmund. Parteitag Linkspartei.PDS und Parteitag der WASG. Beschlussfassungen der Gründungsdokumente der Partei Die Linke

31. März / 1. April. Frankfurt. Jahrestagung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Der Beitritt der Türkei zur
Europäischen Union
aus der kurdischen Perspektive
Eine empirische Untersuchung

Sebahattin Topçuoğlu

schätzen sie jedoch als vollkommen unzureichend ein. Deutlich wird bei dieser Befragung aber auch, dass die EU kein eigenes Konzept für die kurdische Frage in der EU hat. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech. – Das Buch kann ab sofort bestellt werden bei: GNN-Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, gnn-hhsh@hansenet.de
Preis: 12 Euro, ISBN 3-938372-06-0

13./14. April. Hamburg. Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linkspartei.PDS.

21. bis 24. Mai. Sevilla. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

2. Juni. Rostock. Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Aufrufe usw. siehe www.heiligendamm2007.de

6. bis 10. Juni. Köln. 31. Evangelischer Kirchentag.

28./29. September. 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag IG Metall.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Mai	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Mai	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
2009	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräs	5 Jahre	
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quellen: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>